Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

11.3.1892 (No. 58)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 25 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg. Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 58. Freitag, den 11. März 1892.

Zur Blutsverwandtschaft zwischen Nationalliberalismus und Socialdemokratie.

** **Karlsruhe,** 9. März.

Die Sitzung der Zweiten Kammer vom 26. Februar hat eine Reihe sehr interessanter Momente zu Tage gefördert. Vielleicht das Interessanteste war das Scharmützel zwischen den Abgg. Wacker und Rüdt, weil es zu sehr beachtenswerthen Bekenntnissen des letzteren über die verwandtschaftlichen Beziehungen seiner Partei zum Nationalliberalismus Anstoß gab. Die beiden socialdemokratischen Abgeordneten verstehen es ganz vortrefflich, eine wichtige Miene anzunehmen', wobei ihnen die Stärkeverhältnisse der verschiedenen Parteien der Kammer wesentlich Vorschub leisten. Es fehlt gar nicht viel dazu, daß ihre 2 Stimmen „das Zünglein an der Waage" wären. Dieser Umstand sowie der andere, daß sie die größte und reichste Stadt des Landes vertreten, mag es erklären, daß die beiden Herren „sich fühlen". Das merkte man dem Abg. Dreesbach in der Sitzung vom 26. Februar sehr stark an. Er sprach sehr „von oben herab" über die vorausgegangenen Zusammenstöße zwischen Centrum und Nationalliberalen, worauf Abg. Wacker nach dem stenographischen Protokoll ihm wörtlich erwiderte:

„Dem Herrn Dreesbach muß ich ebenfalls einige Bemerkungen widmen. Ich habe lebhaft bedauert, daß ich die Hauptbemerkung nicht gehört habe, weil ich nicht gerade auf meinem Platze war. Aber die letzte, die er an die Adresse des Herrn Bender richtete, habe ich noch vernommen und daraus ersehen, daß er aus unseren Debatten zwischen jener Seite des Hauses und dieser einen Schluß gezogen hat, den ich nicht unerwidert lassen kann. Er hat sich davon überzeugt, daß „Etwas faul ist im Staate Dänemark", wenn die beiden Parteien, die Nationalliberalen und das Centrum, sich so die Wahrheit sagen. Nur, die Herren Socialdemokraten — 2 an der Zahl (der Herr Kollege Bassermann wird zugeben, daß sie ihre Zahl erhöhen können) — haben schon mehr als einmal (bald ist es der Herr Dreesbach, bald der Herr Rüdt) eine solche Sprache geführt, daß man da den Eindruck bekommen konnte, sie wären die berufenen Lehrer für die verschiedenen Parteien; sie wären dazu berufen, in diesem Raum gewissermaßen von einem höheren Standpunkte aus ihre Befriedigung darüber auszudrücken, daß sie Alles so schlimm, so verkehrt finden. Sicherlich ist überall „Etwas faul", wo es sich um eine größere Zahl von Menschen handelt. Ich wäre sehr froh, wenn ich denken oder sagen könnte: in meiner Partei, im Ganzen und Großen und bei allen einzelnen Persönlichkeiten, die zu ihr gehören, sei absolut nichts besser zu machen, es sei absolut Alles in Ordnung — ich wäre sehr froh. Ich stehe nicht an zu sagen: es „menschelt" eben da und „menschelt" dort. Ich denke, den Nationalliberalen brauche ich kein Zeugniß auszustellen, ihnen werden bei diesen Bemerkungen die entsprechenden Gedanken auch kommen.

Aber so ist es doch noch lange nicht, daß wir etwa zu den Socialdemokraten emporzuschauen hätten, um uns an ihrem Beispiele zu erbauen, wenn wir da sehen, wie bei ihnen Alles in Ordnung, wie in ihrem „Staate Dänemark" nichts „faul" ist. Ich mache in dieser Beziehung keine so großen Worte. Herrn Dreesbach bitte ich daran zu denken, was wir alles darüber erfahren haben, wie es im socialdemokratischen „Staate Dänemark" in seiner Jugend „faul" ist — im Ganzen und Großen. Und wer Gelegenheit hat, in einzelnen Gemeinden den kleineren socialdemokratischen „Staat Dänemark" kennen zu lernen, wie ich es hatte, der kann auch erzählen und sagen: „es ist Etwas faul im Staate Dänemark". Das wollen Sie sich nur gesagt sein lassen. Und wenn man sich Ihre Presse genauer ansieht, nur ein einziges Organ, so kann man auch Schlüsse daraus ziehen. Herr Dreesbach hat gesagt, sie hätten keine „Hetzkapläne". Das werden Sie auch nicht bekommen; Sie wollen ja von „Kaplänen" nichts wissen. Und so wird es nicht werden, falls die Socialdemokraten sich nicht gründlich ändern wollen, daß irgend ein Kaplan, ein protestantischer oder katholischer, sich unter die Fittige dieser Partei begeben wird. „Hetzkapläne" in dem Sinne, wie Sie es meinen, haben aber auch wir nicht.

Dreesbach: Ich habe nur gesagt: sie sind herumgeflogen.

Wacker: Ah so! Sie sind zufrieden, wenn es von dort (von den Nationalliberalen) gesagt wird. Das ist es eben. Damit haben Sie Ihren eigenen Ursprung bewiesen. Wenn von da drüben Etwas behauptet wird auf unsere Kosten, dann ist es Ihnen Beweis; dann ziehen Sie Ihre Schlüsse daraus. Damit zeigen Sie nur, woher Sie stammen und daß Sie in diesem speciellen Punkte, in der Beurtheilung der Centrumspartei und der Centrumsbestrebungen wie in der Beurtheilung der katholischen Kirche noch sehr nationalliberal sind.

Rüdt: Noch! noch!

Wacker: Ja! noch! Das haben Sie auch bewiesen durch Ihre Haltung bei der Debatte und der Behandlung der Wahlanfechtung des Eberbach-Buchener Bezirks. Dort waren Sie natürlich „überzeugt".

Rüdt: Jetzt noch.

Wacker: Damit beweisen Sie, daß, wenn derartige Dinge auf die Tagesordnung kommen, Sie nicht sehen, weil in diesem Punkt die nationalliberalen Schuppen Ihnen noch nicht von den Augen gefallen sind."

Es war vorauszusehen, daß diese Bemerkungen nicht ohne Erwiderung blieben. Und es wäre sehr zu bedauern, wenn die Erwiderung nicht registrirt werden könnte, welche nachher gekommen ist. Der Abg. Rüdt meldete sich zum Wort. Er hatte schon zwei Mal gesprochen und ohne ausdrückliche Erlaubniß der Kammer darf ein Abgeordneter in ein und derselben Berathung nicht mehr als zwei Mal das Wort ergreifen. Mit einer Unbefangenheit, wie man sie sonst bei Anfängern im parlamentarischen Leben nicht findet, haben sich beide Socialdemokraten von der ersten Stunde an gegeben. Und mit größter Unbefangenheit appellirte denn auch Abg. Rüdt an die Kammer, um zum dritten Male das Wort zu erhalten. Beim Centrum ist man grundsätzlich dagegen, einen Redner nicht zu Wort kommen zu lassen, für den besonderer Anlaß vorliegt, das Wort zu ergreifen. Schon aus diesem Grunde war man ausnahmslos dafür, daß Abg. Rüdt das Wort noch einmal erhalten sollte. Zudem hätte es im vorliegenden Falle den Anschein gewinnen können, als man in den Reihen des Centrums eine Rüdt'sche Erwiderung fürchte. Dazu kam der weitere Umstand, daß ein Centrumsredner, allerdings provocirt durch den socialdemokratischen Abgeordneten Dreesbach, dem Abg. Rüdt Anlaß zur Entgegnung geboten hatte. Und wie die parlamentarische Noblesse verlangt, daß solche Abgeordnete, die in einer Verhandlung selber schon gesprochen haben, anderen nicht das Wort abschneiden, wenn sie über die gleiche Sache sprechen wollen, so verlangt die Billigkeit und der bessere parlamentarische Anstand, daß man das „derschießen" nicht unmöglich macht, nachdem man selber „hingeschossen" hat.

Die Nationalliberalen zeigten eine sonst nicht bemerkbare Bereitwilligkeit, dem Abg. Rüdt ohne alle Umstände noch einmal das Wort zu ertheilen. Schon die Ausführungen des Abg. **Wacker** hatten ihre lebhafteste Aufmerksamkeit wachgerufen und nun hegten sie offenbar die Erwartung, eine Entgegnung Rüdt's werde sich für sie zu einer Extrafreude erster Qualität gestalten. Sie sollten bitter enttäuscht werden. Abg. Rüdt sprach wörtlich:

„Was den Vorwurf anbelangt, daß uns „die nationalliberalen Schuppen noch nicht von den Augen gefallen sind," so brauchen wir wenigstens nicht erst aus dem Saulus ein Paulus zu werden. Die Schuppen sind schon bei uns längst gefallen, auch dem Centrum gegenüber, so daß wir ganz klar sehen, was auch an ihm fehlerhaft ist. Wenn Sie, Herr Wacker, sagten, daß wir am Schlepptau der Nationalliberalen hängen,

Wacker: Hab' ich nicht gesagt.

Rüdt: so muß ich darauf bemerken, daß wir dem Liberalismus geistig näher stehen als Ihnen. Der Liberalismus ist ein Produkt des 19. Jahrhunderts. Sie, meine Herren, dagegen stehen politisch und social im Mittelalter. Das ist doch klar. Und wenn ich sage, daß Sie in religiösen Dingen speciell den römisch katholischen Standpunkt betonen, so werden Sie das auch nicht leugnen. Es ist wohl wahr, wenn ich behaupte, daß Sie in politischer Beziehung auf dem Standpunkt des Gottesgnadenthums stehen, während der liberale Staatsgedanke des 19. Jahrhunderts durch die Konstitution und deren Weiterentwicklung vertreten ist; und bin ich fest überzeugt, daß Zeiten kommen werden, in denen noch höher gestellte politische Anforderungen als die, welche die Liberalen vor 40 Jahren gestellt haben, werden gemacht werden. Der Liberalismus entwickelt sich wenigstens, während Sie still stehen auf politischem, socialem und geistigem Gebiet. Daß die Herren Liberalen unsere socialen Anschauungen theilen, können wir von ihnen nicht verlangen. Aber das müssen wir zugeben, daß Alles, was heute die sociale Frage zur Entwicklung gebracht hat, die Gewerbefreiheit, Freizügigkeit u. s. w., von der liberalen Partei herstammt. Durch Sie, meine Herren vom Centrum, hätten wir keine Gewerbefreiheit, keine Freizügigkeit u. s. w. erhalten.

Wacker: Nicht diese.

Rüdt: Was schließlich die geistige Freiheit anbelangt, so steht uns die liberale Partei darin am nächsten, insofern sie die Religion nicht vom rein konfessionell klerikalen Standpunkte aus auffaßt, sondern Geistesfreiheit walten läßt und nicht den kirchlichen Glauben, sondern mehr die Moral und Humanität in der Religion betont. Dagegen haben wir gewiß nichts einzuwenden, wohl aber Sie, meine Herren vom Centrum, für die Moral und Religion das Gleiche ist und die Sie den, der keine Religion hat, für unmoralisch halten, was auf der anderen Seite des Hauses nicht der Fall ist.

Wir sind daher in der Lage, die Herren von jener Seite für geistig höher stehend halten zu müssen, was uns jedoch nicht abhalten kann, sie zu bekämpfen, wenn sie unseren Anschauungen über die sociale Frage den egoistischen, privatwirthschaftlichen Standpunkt entgegenstellen, wie er sich in dem Kapitalismus, der vorzugsweise auf jener Seite des Hauses repräsentirt ist, offenbart. Trauen Sie uns also nur die nöthige Konsequenz und Urtheilsfähigkeit zu und glauben Sie nicht, daß uns erst noch die Schuppen von den Augen fallen müssen. Umgekehrt, werden Ihnen, m. H. vom Centrum, die Schuppen nach von den Augen fallen mit der Fortentwicklung der Socialdemokratie, dann werden Sie erkennen, daß durch die Art, wie Sie die Socialdemokratie zu bekämpfen suchen mit Religion, Gebet und Weihrauch ebensowenig erreicht wird, als s. Zt. von der nationalliberalen Partei mit Gewalt und Socialistengesetz gegen uns ausgerichtet worden ist.

Wenn man uns schließlich noch einmal den Wahlmann Münch producirte und uns einen Vorwurf daraus machen wollte, so möchte ich Sie, m. H., und besonders den Herrn Wacker erinnern, daß es unsere feste Ueberzeugung war, daß jener Mann kein Wahlmann sein konnte. Uebrigens haben wir den Beweis gegeben, daß wir konsequent sind, denn wir haben uns auch bei Wahlen, die von Ihrer Seite beanstandet wurden, zwei Mal auf Ihre Seite gestellt, weil wir es so für recht und billig hielten."

Es war hochinteressant, während dieser Ausführungen sich einzelne Gesichter genau anzusehen. Die Schlaueren unter den Herren auf nationalliberaler Seite waren sichtlich betroffen und wie „beducht." Sie fühlten offenbar das schwere Gewicht der Anerkennung, welche ihnen aus socialdemokratischem Munde gezollt wurde.

Es kam nur noch der Abg. **Gönner** als Berichterstatter an die Reihe, der sich zu folgenden Bemerkungen aufraffte:

„In Beziehung auf die große politische Frage, welche zuletzt erörtert worden ist, möchte ich nur sagen, daß das Centrum ja von jeher versucht hat, die nationalliberalen Grundsätze als den Urquell des Socialismus hinzustellen. Ich weiß schon, daß der Herr Rüdt Ihnen damit gedient hat, daß er sagte, seine Partei stehe uns näher als Ihnen; ebenso glaube ich, daß dies uns nicht zur Unehre gedient hat. Er hat gesagt, der Nationalliberalismus hat die freiheitlichen bürgerlichen Gesetze zu Stande gebracht, welche das Centrum nie zu Stande gebracht hätte. Der Herr Wacker hat gerufen: „so nicht"; ich glaube: „überhaupt nicht." Ich weiß nicht, wie man die Gewerbefreiheit anders hätte zu Stande bringen können, als so, wie sie ist. Und so ist es auch mit den anderen Gesetzen. Das ist kein Zweifel, daß wir nicht jeden Augenblick die konfessionell verschärften Stellungen in den Vordergrund rücken, wie dies von Seiten der Centrumsleute geschieht. Und es ist zweifellos, daß gerade Ihre Angriffe auf die Staatsgewalt und Ihr beständiger Kampf gegen die Organe derselben, dem Fortschreiten des Socialismus großen Vorschub leistet. Das Centrum war von jeher bereit, die Schuld von sich ab und auf andere zu wälzen."

Wenn man die Rüdt'schen Auslassungen damit zusammenhält, so sieht man auf den ersten Augenblick, daß der Herr Oberbürgermeister um die Hauptsache sich herumzudrücken wußte. Und das macht die Sache für die Herren Nationalliberalen nur fataler.

Ueber die Stellung zum „Gottesgnadenthum" und zur „Religion" hat sich der schlaue Herr ausgeschwiegen. Das war gar nicht schlau, falls er in der Lage ist, den betreffenden Behauptungen Rüdt's widersprechen zu können.

Die Sache hat gerade bei uns in Baden ein ganz spezielles Interesse. Die Tage vom 23. bis inklusive 27. Februar waren sehr bewegte. „Der Leiter des Ministeriums des Innern", Staatsrath Eisenlohr, sprach „erlösende Worte" für die Nationalliberalen, indem er in aller Offenheit dem Centrum den Krieg bis auf's Aeußerste ankündete und sich wie die ihm unterstehenden Beamten zur Förderung der besseren Wahlaussichten den Nationalliberalen zur Verfügung stellte. Ebenso energisch wurde ihm Seitens des Centrums erklärt, daß die Mehrheit des Volkes zu seiner Verwaltung des Ministeriums des Innern kein Vertrauen habe. Abgeordneter Wacker sprach dabei u. wörtlich:

„Und auch darin, m. HH., weil wir auf diesem monarchischen Standpunkt stehen und weil wir glauben, das Verständniß und dementsprechend auch ein Herz für die Interessen der Krone zu haben, darin liegt für uns mit ein Grund, warum wir der gegenwärtigen Verwaltung des Ministeriums des Innern unser Vertrauen versagen müssen."

Er ahnte nicht, daß zum Schlusse der langen Debatten eine so prägnante Bestätigung ausgesprochen werden würde. Abg. Rüdt hat das seiner Partei ausgestellte Geburtszeugniß als richtig bestätigt. Wie in Bezug auf Religion, so ist sie auch in Bezug auf das Gottesgnadenthum in direkter absteigender Linie blutsverwandt mit der Partei, welcher dieser „Rath der Krone" so energisch das Wort gesprochen hat.

Das ist ein Moment, dem namentlich diejenigen einige Aufmerksamkeit schenken dürften, welche als spezielle Vertraute des Großherzoglichen Hauses mit den Vorbereitungen zu dem 40jährigen Regierungsjubiläum des Großherzogs sich befassen.

Deutschland.

Berlin, 9. März.

Nach dem „Reichs- und Staatsanzeiger" entbehrt die Nachricht der „Kreuzztg.", daß mit dem Herzog von Cumberland Verhandlungen wegen der Thronfolge seines Sohnes in Braunschweig stattgefunden hätten, jeder Begründung.

— Nach demselben amtlichen Organ hat der Unterrichtsminister von den Universitätskuratoren Berichte der Senate und Fakultäten darüber eingefordert, ob eine

---

Im Sturme geläutert.

56) Von Philipp Laicus.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Ob die aus der Vendée eingebrachten Priester konspirirt hatten oder nicht, das war nach der Erklärung der Wortführer ganz einerlei, sie waren ihrer Natur nach eine beständige Gefahr; sie hatten Anlaß zu konspiriren, sie boten jeder Konspiration einen Mittelpunkt und eine „durch den Fanatismus der von ihnen gegängelten Landbevölkerung" thatkräftige Stütze. Das brachte man unter dem Beifall des brüllenden Pöbels vor.

Das überstieg nun endlich die Kraft der Selbstbeherrschung Armand's. Er hatte am Mittag den traurigen Zug an seiner Wohnung vorübergehen sehen. Die gefesselten Hände eines bereits siebzig Jahre alten Priesters von ehrwürdigem Aussehen, dessen Soutane mit Gassenkoth beworfen und theilweise zerrissen war, hatte all' sein Blut nach dem Kopfe getrieben und einem Schlingel von der Gasse, der dem müden Greis einen Stoß gab, daß er rascher vorwärts komme, hatte er vom Fenster aus zugerufen, ob er sich nicht vor den Pflastersteinen schäme. Er war entschlossen, seiner Entrüstung über diese Entehrung der Freiheit und Menschenwürde im Klub Ausdruck zu verleihen. Ehe er aber dazu kam, überzeugte ihn der viehische Beifall, den die Schmähungen bei den Menschen fanden, daß hier nichts mehr für ihn zu suchen sei. Ja er fragte sich, wie es überhaupt möglich gewesen, daß er das nicht längst eingesehen. Nicht aus dem Wüthen tumultuarisch erregter Gemüther, nicht aus dem augenblicklichen Auflackern stürmischer Gefühle entspringt, die bürgerliche Freiheit. Sie ist das Produkt klaren abwägenden Verstandes, getragen von dem Bewußtsein des menschlichen Werthes und wird in langem selbstlosen Ringen, Leiden und Opfern Schritt um Schritt erkämpft, dann aber ist sie die erhabene Gefährtin der Ordnung, mit welcher Hand in Hand sie die Rechte des Einzelnen wie des Ganzen schützt und die Würde des Menschen vor jeder Antastung bewahrt.

Heilige Freiheit! Erhabenes Geschenk Gottes, das die Menschen zur sittlichen Höhe der Engel erhebt! Mögest du unter uns weilen, damit wir aus der täglichen Uebung immer klarer erkennen, daß die Freiheit des Menschen nichts anderes ist, als der Revers ihrer Unterwerfung unter Gott!

Armand Braßer's erhob sich, als das Beifallstoben sich zu legen begann, um den Saal zu verlassen.

Er hatte noch nicht die Thüre erreicht, als die krähende Stimme Lecerf's erscholl: „Er geht, der Verräther! Du handelst gut! Verpeste die Luft nicht durch Deine Gegenwart!"

Armand Braßer blieb augenblicklich stehen und kehrte sich um.

„Wer ist der Verräther? Wen meint der Bürger! Wo ist er?" Diese und ähnliche Fragen schwirrten durch die Luft; die Wüthendsten erhoben sich, die hinten Sitzenden stiegen auf die Bänke, Prügel wurden geschwungen; es gab ein allgemeines Geschiebe um Lecerf, von dem jeder Näheres erfahren wollte. In Folge dessen kam Armand diesem aus den Augen, und fuhr nun fort, sich weiter nach der Thür durchzudrängen. Ehe er den Saal gänzlich verlassen, hörte er noch aus dem wüsten Haufen heraus unter Fluchen und Verwünschungen seinen Namen nennen. Das kümmerte ihn wenig mehr. Die Verachtung des von seinen Wortführern so jämmerlich gegängelten Volkes hatte in den letzten Stunden Riesenfortschritte gemacht.

Er kam in seine Wohnung; aber die Ruhe, die er dort suchte, sollte er nicht finden. Kaum hatte er sich in seinen Schlafrock geworfen, und in aller Bequemlichkeit in einem Sessel liegend, die letzten Ereignisse zu überdenken begonnen, so wurde die Klingel von seiner Hausthüre heftig gezogen. Wenige Augenblicke später polterte man die Treppe herauf und ohne Zeit zum Anklopfen zu nehmen, stürmte ein junger Mann höchst aufgeregt herein.

Der Advokat wollte sich entrüstet über ein solches Eindringen aufrichten, doch wurde er rasch ruhig, da er den jungen Mann erkannte.

„Sie sind's? Herr Germain Maillet! Was bringen Sie mir so stürmisch um diese Zeit?"

„Die Aufforderung, Alles im Stiche zu lassen, um Ihr Leben zu retten!" antwortete der Gefragte athemlos. „Ich komme aus dem Klub der Cordeliers; man beschuldigt sie des Verrathes. Man fordert wüthend Ihr Blut, der Eine erzählte, wie Sie das Mädchen auf dem Karousselplatze geschützt, der Andere, daß Sie mit dem Grafen Duvergier beständig zusammenstecken, der Dritte wollte von Ihnen heute Mittag erst harangirt worden sein, weil er einen gefangenen Geistlichen geneckt und so kamen noch Viele . . . Um Gottes willen, indeß wir reden . . . Sie wollen Ihnen das Loos Foulon's bereiten."

„Ah," meinte Braßer, den Schlafrock abwerfend, „für die Laterne ist es doch noch ein wenig zu früh." Damit trat er an seinen Schreibtisch, zog eine Schublade auf, aus welcher er eine Mappe mit Akten und Papieren nahm; einer zweiten entnahm er ein Beutelchen mit Gold und steckte noch eine Hand voll Livres in seine Hosentasche. Inzwischen hatte Germain den Rock des Advokaten vom Nagel genommen und Armand brauchte nur hineinzuschlüpfen.

„Fort, fort!" rief Germain, „da kommen schon die Ersten!"

In der That sah man beim Scheine der Laternen eine ziemlich zahlreiche Gruppe die Straße herunterkommen. „Ich bin fertig," bemerkte der Advokat und stieg die Treppe hinab; unten hatte Germain bereits für das Oeffnen der Thüre gesorgt. Beide verließen still das Haus und huschten längs der Mauer bis um die nächste Ecke. Hier wartete Armand so lange, bis die Gruppen herankamen. Es war richtig; sie blieben vor seiner Wohnung stehen und bald ließen sich einzelne Schmähurufe hören. Jetzt kam unter Absingen von Gassenhauern eine etwa zweihundert Köpfe zählende Masse die Straße hinab.

„Jetzt ist es Zeit zu gehen," meinte Armand. „Aber wohin?"

„Zunächst hoffe ich, Herr Braßer, daß Sie die Wohnung meiner Eltern nicht verschmähen," sagte der junge Mann.

„Aber, mein Lieber," meinte Braßer, „es ist seit heute Abend gefährlich geworden, mit mir zu verkehren."

„Ich würde es auch sonst nicht gewagt haben."

„Gehen wir," bemerkte Armand kurz.

Beide entfernten sich, und das Toben und Johlen der vor der Wohnung Armand's tumultuirenden Rotte verhallte allmälig in der Ferne.

XVI.

Am Wendepunkt.

Selbstverständlich fand Herr Braßer die freundlichste Aufnahme in der Familie des Architekten, den er einst vor dem drohenden Ruine gerettet. Herr und Frau Maillet waren sehr zufrieden, daß Germain gerade so und nicht anders gehandelt. Es erfüllte sie mit großer Genugthuung, daß der liebe Gott ihnen Gelegenheit geboten, dem Advokaten ihre Dankbarkeit zu bezeugen. Ueberall trat denselben in neuester Zeit der „liebe Gott" entgegen; oder vielmehr er legte diesem „Begriffe" eine etwas hervorragendere Bedeutung bei, und dabei machte er die Entdeckung, daß überall, wo von etwas Gutem, Erhabenem, Geistig-Schönen die Rede war, der „liebe Gott" wie selbstverständlich auf der Bildfläche erscheine.

Als Braßer am anderen Morgen in das Wohnzimmer der Familie kam, war Germain bereits ausgegangen. Er arbeitete in einer chemischen Fabrik, und zwar nicht allein am Zeichenbrette, sondern auch an der Drehbank, und wenn nöthig, auch am Ambos. Seine Arbeitsstunde schlug frühe und heute wollte er, bevor er sich zur Arbeit begab, an der Wohnung des Advokaten vorübergehen, um zu sehen, ob die gestern beabsichtigte Demonstration äußerliche Folgen gehabt. Wenn etwas Besonderes vorgekommen, hatte er seinem Vater versprochen, zurückzukehren und das mitzutheilen.

Armand Braßer saß gerade mit der Familie beim Frühstück, als sich die Thüre öffnete und Germain eintrat.

„Was bringst Du, Germain?" fragte Frau Maillet, welche im ersten Augenblicke die Bestürzung Germain's gewahrte.

„Schlimme Nachrichten!" antwortete dieser.

„Die Tumultuanten haben wohl meine Wohnung mit Steinen bombardirt?" meinte der Advokat mit trübem Lächeln.

„Daß in dem ganzen Hause sich keine unzerbrochene Fensterscheibe befindet, habe ich nicht anders erwartet," bemerkte Germain. „Aber es ist schlimmer, man hat die Thüre eingeschlagen und Ihr Bureau gestürmt."

„Gott sei vor!" rief der Advokat erbleichend. „Und meine Akten?"

„Die hat man zum Fenster hinausgeworfen!"

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Abänderung der Bestimmungen über die Zulassung der Frauen zu den Vorlesungen rathsam sei.

— Die „Hamb. Nachr." erfahren aus unterrichteten Kreisen, die Gerüchte von dem bevorstehenden Rücktritt Bennigsens seien unbegründet.

— Die Budgetkommission des Reichstags hat den Gesetzentwurf über die Unterstützung der Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften in § 1 dahin abgeändert, daß die Familien der Einberufenen auf Verlangen aus Reichsmitteln Unterstützungen erhalten. Der Anspruch erlischt, wenn das Verlangen nicht binnen vier Wochen angebracht wird. Nach § 2 darf der Gesammtbetrag der Unterstützung 60 pCt. des ortsüblichen Tagelohns nicht übersteigen. Die Bestimmung, nach welcher diese Unterstützungen nicht die Eigenschaft von Armenunterstützungen haben, wurde gestrichen.

— In der gestrigen Sitzung des deutschen Landwirthschaftsraths erklärte Staatssekretär Bötticher, der Bundesrath habe sich bereits mit der Korrektur des Unterstützungswohnsitzgesetzes beschäftigt. Die preußische Regierung und die Reichsregierung seien übereinstimmend der Meinung, daß das Prinzip des Gesetzes gewahrt werden solle. Die Frage sei nur noch unreif, ob man das bei der Unterstützungspflicht in den Einzelstaaten geltende Heimathrecht auf das gesammte Reich, oder ob man den sonst im Reiche geltenden künstlichen Unterstützungswohnsitz auf die Einzelstaaten ausdehnen wolle.

— Im Abgeordnetenhause erklärte bei der fortgesetzten Berathung des Kultusetats Finanzminister Miquel, trotz der schlechten Finanzlage sei die Aufbesserung der Lehrergehälter beantragt worden, weil die Gehälter der Lehrer besonders stark zurückgeblieben. Ferner theilte er mit, die Zahl der Philologiestudirenden habe sich sehr vermindert. Der Normaletat sei übrigens kein Gesetzentwurf, sondern eine Denkschrift, deren Abänderung außerhalb der Kompetenz des Landtages liege. Der Kultusminister führte aus, die Lage der Hilfslehrer liege ihm sehr am Herzen; die Berechtigung der Gleichstellung der Lehrer mit den Richtern erkenne die Regierung an, habe aber jetzt nur das dringend Nothwendige thun können. Die Fortsetzung der Berathung erfolgt morgen.

Charlottenburg, 9. März. Der Kaiser, die Kaiserin und die drei ältesten Prinzen besuchten um 10½ Uhr Morgens das Mausoleum anläßlich des Todestages Kaiser Wilhelms, ebenso die Kaiserin Friedrich und die übrigen Mitglieder der Königsfamilie und die Generalität im Laufe des Vormittags.

Bromberg, 9. März. Ein neues russisches Regiment aus dem Wolgagebiet ist hart an der Grenze bei Inowrazlaw angelangt.

Dortmund, 8. März. Am 1. April sollen 1000 Mann am Dortmund-Emskanal beschäftigt werden.

Köln, 9. März. Die Stadt Köln hat öffentliche Arbeiten angeordnet, wobei die Arbeitslosen gegen M. 1.80 Tagelohn beschäftigt werden sollen. Vierhundert wurden schon eingestellt; weitere Hundert konnten keine Annahme finden und marschirten heute Morgen zum Rathhause. Der Oberbürgermeister versicherte der Deputation, es würde nach Möglichkeit für Arbeit gesorgt; zunächst könnten jedoch nur Verheirathete berücksichtigt werden.

Darmstadt, 9. März. Nach dem heutigen Morgenbulletin ist das Befinden des Großherzogs unverändert.

Nürnberg, 9. März. Nach Meldung des „Fränk. Kur." beabsichtigen die preußischen Staatsbahnen die Einführung eines ermäßigten Staffeltarifs für die Ausfuhr Thüringer und Nürnberger Spielwaaren über deutsche Seehäfen.

Ausland.

Wien, 9. März. Die Polizeidirektion hat die Vertheilung von Brod in der bisherigen Weise untersagt, weil dieselbe zu den größten Unzuträglichkeiten führte.

Prag, 9. März. Die gesammte Belegschaft des Wilhelmschachts des Duxer Kohlenvereins streikt, weil 30 Mann gekündigt worden ist.

Paris, 9. März. Auf dem gestrigen Jahresbankett der Syndikatskammern besprach der Handelsminister die neuen Zolltarife und hob hervor, falls bei der Anwendung der Tarife sich in einigen Punkten ein Irrthum herausstellen werde, würde sich für die Regierung und die öffentlichen Gewalten die Nothwendigkeit einer Abänderung ergeben, dann werde eine bessere Lösung stattfinden.

In Anbetracht der bevorstehenden Bischofsernennungen wird mitgetheilt, die Regierung habe sich mit der Kurie bis jetzt nur über die Sitze von Arras, Angoulême und Saint-Flour verständigt.

Die am äußersten links stehenden Fraktionen der Deputirtenkammer haben heute beschlossen, zu einer „republikanisch-radikal-sozialistischen Gruppe" zusammenzutreten. Ein Ausschuß wird das Programm der neuen Partei aufsetzen.

Petersburg, 9. März. Hier eingetroffene Berichte besagen, daß in den russischen Nothstandsgebieten die Bewohner ganzer Dörfer am Unterleibstyphus erkrankt sind. Im Hospital zu Saratow allein liegen 100 Flecktyphus-Kranke.

Rom, 9. März. Die Kammer nahm einstimmig den Gesetzentwurf zur Kenntniß, wonach die Erbschaftsgebühren um 60—300 pCt. erhöht werden sollen. Imbriani griff den Entwurf heftig an. Bei dem Artikel des Etats „Einnahmen aus Zöllen und Seegebühren" beantragte Bertollo, den Posten nicht nach dem Antrag des Ausschusses und der Regierung um 14, sondern um 20 Millionen herabzusetzen. Der Antrag wurde mit mehr als Zweidrittelmehrheit verworfen.

Haag, 9. März. Die Zweite Kammer genehmigte einstimmig das Uebereinkommen mit England betr. die Festsetzung der Grenzen zwischen den niederländischen Besitzungen und dem englischen Schutzgebiet auf Borneo.

Madrid, 9. März. Es wird die Ansammlung neuer Anarchistengruppen gemeldet.

In ganz Spanien richteten Ueberschwemmungen beträchtlichen Schaden an. Namentlich der Guadalquivir und der Tajo sind in besorgnißerregender Weise ausgetreten.

Deutscher Reichstag.

C.P.O. **Berlin,** 8. März.

Der Reichstag ist heute in mehr als fünfstündiger Sitzung nicht allzuweit gekommen. Fast sieht es aus, als würde desto mehr geredet, je weniger Mitglieder anwesend sind.

Zunächst wurde die Interpellation der Abgg. Frhr. von Stauffenberg und Siegle über den Schutz des Urheberrechts in Amerika und Oesterreich-Ungarn nach Begründung durch den Abg. Siegle von dem Staatssekretär Frhrn. v. Marschall dahin beantwortet, daß der österreichisch-ungarische Regierung sich zu Verhandlungen bereit erklärt habe, und hoffentlich in der nächsten Session eine Vorlage eingebracht werden könne. Mit Amerika ist bereits ein Uebereinkommen getroffen, welches heute in erster und zweiter Berathung angenommen wurde.

Sodann wurde die zweite Berathung des Etats des allgemeinen Pensionsfonds fortgesetzt. Es lag dazu eine von den Abgg. Graf Douglas und Gen. beantragte Resolution vor, wornach das Recht auf den eigentlichen Bezug der Pension der Militärpersonen erst ruhen soll, wenn sie im Reichs-, Staats- oder Kommunaldienste unter Zurechnung der Militärpension ausschließlich der Pensionserhöhungen mehr als ein für die einzelnen Klassen näher angegebenes gesammtes Diensteinkommen beziehen.

Abg. Menger (kons.) begründete die Resolution, die nur den dringendsten und krassesten Mißständen abhelfen solle. Die vorgeschlagene Regelung würde nicht nur im Interesse der Betheiligten, sondern auch der Heeresverwaltung liegen.

Berichterstatter Abg. v. Huene theilt mit, daß nach Erklärungen der Regierung in der Kommission ein den allseitig anerkannten Uebelständen abhelfender Gesetzentwurf fertiggestellt, aber noch nicht zur Einbringung reif sei.

Abg. Frhr. v. Gültlingen (Rp.) wollte den Antrag nicht bekämpfen, wenn er sich auch nicht verhehle, daß durch solche Maßnahmen leicht die Arbeitslust und Pflichttreue der alten Soldaten beeinträchtigt werde. Jedenfalls bitte er den Entwurf recht bald einzubringen.

Preußischer Bundesbevollmächtigter Generallieutenant v. Spitz erklärte, er hoffe, daß der Entwurf in der nächsten Session vorgelegt werden könne.

Nachdem Abg. Dr. Pieschel (ns.) hierüber seine Freude ausgesprochen, erwiderte

Abg. Richter, es sei unbegreiflich, wie man, wie es der Antrag thue, noch in dieser Session eine Vorlage verlangen könne. Auch sei es nicht angezeigt, der Regierung eine ganz gebundene Marschroute vorzuschreiben. Was nicht mehr felddienstfähig sei, könne doch noch in vollstem Maße erwerbsfähig sein. Die Militäranwärter seien ohnehin vor den Civilanwärtern bevorzugt. Man müsse auch das Interesse der Steuerzahler berücksichtigen. Nach der Erklärung der Regierung rathe er, den Antrag zurückzuziehen, sonst werde er von den Mitteln der Geschäftsordnung Gebrauch machen, um einen übereilten Beschluß zu verhindern.

Abg. Dr. Otterer (Zentr.) meinte, man hätte doch noch in dieser Session wenigstens eine theilweise Aenderung des Militärpensionsgesetzes erwarten können. Die gegenwärtigen Verhältnisse bedürften dringend der anderweiten Regelung. Da diese nun für das nächste Jahr in Aussicht gestellt sei, erwarte er die Zurücknahme des Antrages. Er bitte aber nicht zu weitgehende Ansprüche zu stellen, insbesondere nicht bei den oberen Chargen. Die finanziellen Folgen ließen sich gar nicht übersehen. Aber für die Ehrenschulden, die der Nation aus den großen Kriegen erwachsen, müßten immer die nöthigen Mittel vorhanden sein.

Nach einigen weiteren Debatten zogen die Antragsteller ihren Antrag zurück.

Abg. v. Vollmar (Soz.) verlangte dann noch, daß bei den Pensionen mehr Rücksicht auf die Unteroffiziere und Soldaten genommen werde, die gegenüber den Offizieren zu kurz kämen. Ein durch Mißhandlung zum Krüppel gemachter Soldat in Bayern z. B. beziehe jetzt nur 27 Mark Pension monatlich. Die Civilstellen seien meist so schlechte, daß mit der Besoldung nur knapp auszukommen sei.

Beim Etat des Reichsinvalidenfonds befürwortete Abg. Singer (Soz.) dringend, die Zulagen für die Kriegsinvaliden von 1870/71, jedenfalls in der nächsten Session zu regeln, selbst wenn die allgemeine Regelung des Militärpensionswesens eine Verzögerung erfahren sollte.

Auch Abg. Dr. Otterer betonte, daß die Kriegsinvaliden einen zu dringenden Anspruch auf Berücksichtigung hätten, als daß man ihre Zulagen von der allgemeinen Regelung der Militärpensionen abhängig machen könne.

Beim Etat für das Bankwesen führte Abg. G. Strombeck Beschwerde, daß von vielen Reichsbankstellen die Normalarbeitszeit der Beamten von 8 Stunden erheblich überschritten werde.

Beim Etat der Zölle- und Verbrauchssteuern brachte Abg. Broemel Beschwerden über ungerechtfertigte Erhebung von Zöllen zur Sprache und forderte schnellere Erledigung der Zollstreitigkeiten. Der Bundesrath sei überhaupt keine geeignete Instanz für die Erledigung von Zollstreitigkeiten, diese gehören vor die Verwaltungsgerichte. Wenn man die Kommissare des Bundesraths über die Entscheidung verschiedener Fälle, die der Reichstag behandelt habe, frage, so müßten sie in der Regel nichts zu sagen. Der Bundesrath sollte auch die Gründe abgeben, wenn er eine Beschwerde ablehnend beantworte.

Staatssekretär Frhr. v. Malzahn nahm den Bundesrath in Schutz. Derselbe handhabe die Zollvorschriften nicht ungerecht. Eine böswillige Verschleppung finde nicht statt. Gründe könne der Bundesrath nicht angeben, da die Vertreter einzelner Bundesstaaten nach ihren Instruktionen stimmten, die nicht zu Protokoll gegeben würden. Der Resolution des Reichstags auf Ueberweisung der Zollstreitigkeiten an die Verwaltungsgerichte habe der Bundesrath keine Folge gegeben.

Abg. Goldschmidt (freis.) schloß sich auf Grund seiner Erfahrungen als Referent der Petitionskommission den Beschwerden des Abg. Broemel an und bedauerte, daß die Mitglieder des Bundesraths so gar kein Verständniß hätten für die Bedürfnisse der Industrie in dieser Frage. In Zollsachen gebe es keine Gerechtigkeit in Deutschland.

Staatssekretär Frhr. v. Malzahn erwiderte, es scheine im Gegentheil, als wenn in der Petitionskommission des Reichstages manche Mitglieder nicht selten das nöthige Verständniß für die Bedürfnisse der Zollverwaltung vermissen ließen.

Nachdem man sich noch bis 5¼ Uhr über diesen Gegenstand herumgestritten hatte, wurde ein Vertagungsantrag ohne Unterstützung gelassen.

Abg. Menger (kons.) begründete alsdann seinen Antrag auf Erhöhung des Tabakzolles von 85 auf 125 M., indem er auf die ungünstige Lage des inländischen Tabakbaues hinwies. Um die Güte des inländischen Tabaks zu beweisen, hatte er auf den Tisch des Hauses Cigarren niedergelegt, von denen aber der sozialdemokratische Redner als Sachverständiger und Cigarrenarbeiter behauptete, es sei sehr viel ausländischer Tabak darin.

Nachdem Menger gesprochen, wurde die Weiterberathung auf morgen vertagt und auf die Tagesordnung noch die dritte Lesung des Telegraphengesetzes gesetzt.

Berlin, 9. März.

Der Reichstag setzte die Etatsberathung fort. Die Abgeordneten Brunzig und Klemm (nat.-lib.) treten für den Antrag Menger (kons.), den Tabakzoll von 85 auf 125 M. zu erhöhen, ein. Abg. Barth (freis.) erklärt sich gegen den Antrag. Er bezweifle schließlich, die Regierungen sollten die Abschaffung der Getreidezölle in Aussicht nehmen. Staatssekretär Frhr. v. Malzahn betont, nicht die Ermäßigung des Getreidezolles habe zu dem Preisrückschlag des Getreides geführt, sondern das Hereinströmen der außerhalb der Grenzen zurückgehaltenen Getreidemassen. Die Regierungen würden den Antrag Menger ermögen.

Baden.

Karlsruhe, 9. März. Heute Vormittag 10 Uhr besuchten Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin Seine Großherzogliche Hoheit den Prinzen Karl zur Beglückwünschung anläßlich Höchstseines heutigen Geburtstages. Darauf ertheilte Seine Königliche Hoheit der Großherzog den nachbenannten Personen Audienz: dem Kaiserlichen Postdirektor Obermüller in Baden-Baden, dem Oberzollinspektor Müller in Singen, dem praktischen Arzt Dr. Fr. Schuberg dahier, dem Geistlichen Verwalter Bach in Mannheim, dem Kaufmann Dörr in Tiersheim und dem Steuerkommissär Burger in Mannheim. Hierauf meldete sich der Generalmajor v. Plessen, Kommandeur der 55. Infanteriebrigade. Nachmittags 4 Uhr empfing Seine Königliche Hoheit den Dekan Weißbrodt von Stuttgart und nahm dann den Vortrag des Legationsrathes Hr. Frhrn. v. Babo entgegen. Um 6 Uhr besuchten die Höchsten Herrschaften den Gottesdienst in der Schloßkirche. Später erschien Dekan Weißbrodt bei den Höchsten Herrschaften zu der in kleinerem Kreise stattfindenden Abendmahlsfeier.

** **Karlsruhe,** 8. März. Seit Beginn dieses Landtages ist kaum eine andere Eisenbahnfrage so viel und lebhaft unter den Abgeordneten besprochen worden, wie eine Bahn am Bodensee. Die Großh. Regierung hat eine Summe für die Erstellung der Linie Stahringen-Ludwigshafen in's Budget eingestellt, was da und dort als Anfang einer Bahn nach Ueberlingen und darüber hinaus betrachtet worden ist. Gegen dieses Projekt hat der Abg. Straub von Stockach-Meßkirch eine Agitation in Scene gesetzt, wie sie energischer und ungenirter nicht gedacht werden kann. Jeder Abgeordnete verdient Anerkennung, wenn er sich mit Eifer und Umsicht um die speziellen Interessen seines Bezirkes annimmt, allein er muß dabei doch gewisse Schranken einhalten und darf bestimmte Rücksichten nicht außer Auge lassen. Hinter Ueberlingen kommt namentlich die Gegend von Markdorf und Salem in Betracht, der es nicht gleichgiltig sein kann, ob und wie dort oben am See die Eisenbahnfrage erledigt wird. Beide Gegenden haben großentheils gegen das Projekt Stahringen-Ludwigshafen Stellung genommen und sich der von Stockach ausgegangenen Bewegung angeschlossen, weil sie glaubten, die Ausführung des Projektes Stahringen-Ludwigshafen gefährde ihre Interessen und stelle in Frage, ob sie selber überhaupt eine Bahn erhalten. Heute hat nun die Regierung in der Person des Geh. Oberfinanzrathes Zittel ebenso offen wie bestimmt ihre Stellung zur Frage präzisirt. Die bezüglichen Erklärungen lassen sich in folgende Punkte zusammenfassen:

1. Der Hauptinteressent, der in erster Linie und am meisten in Betracht kommen muß, ist die Stadt Ueberlingen.

2. Eine Verbindung dieser Stadt und des Hinterlandes (Markdorf, Salem 2c.) mit Stockach hätte nur dann Sinn und Werth, wenn eine Linie Stockach-Engen gebaut würde und zwar als normalspurige Bahn.

3. Diese Linie würde der Staat niemals bauen und auch nie zugeben, daß ein Privatunternehmer sie baut. (Das Bedürfniß wird in Abrede gestellt und es liegt auf der Hand, daß sie unrentabel wäre und lediglich einen Theil des Verkehres von der ohnehin unrentabeln Strecke Radolfzell-Singen ablenken würde.)

4. Weitaus der größte Theil des Güterverkehrs von Ueberlingen gravitirte nach Radolfzell, nur ein ganz kleiner nach Stockach.

5. Wenn das Projekt Stahringen-Ludwigshafen abgelehnt werde, sei die Regierung nicht in der Lage, ein anderes vorzuschlagen oder anzunehmen, mit anderen Worten: dieses oder nichts.

6. Mit Erstellung der Bahnlinie Stahringen-Ludwigshafen sei die Bahn nicht abgeschlossen; bis Ueberlingen werde s. Zt. jedenfalls der Staat weiterbauen. Ob auch über Ueberlingen hinaus, also nach Markdorf über Salem oder Uhldingen eine Staatsbahn erstellt werde, sei als offene Frage zu betrachten. Jedenfalls aber werde die Regierung zum Projekte einer solchen Bahn sich freundlich stellen und eventuell staatliche Unterstützung beantragen.

Diese Erklärungen lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es steht darnach fest, auf was diejenigen ihr Augenmerk richten müssen, welche der Bodenseegegend, also vor Allem dem Bezirke Ueberlingen, die so nothigen Eisenbahnverbindungen zuwenden wollen. Auch der Gegend von Markdorf und Salem ist der Weg vorgezeichnet, auf welchem sie zum Ziele kommen wird. Für die allernächste Zukunft werden sie sich allerdings noch gedulden müssen. Morgen wird die Budget-Kommission Stellung zu den Erklärungen der Großh. Regierung nehmen.

* **Karlsruhe,** 10. März. Von ehemaligen katholischen Arbeitervereinsmitgliedern erhalten wir eine Zuschrift, worin dieselben versichern, daß sie **nicht der Finanzfrage,** sondern der Vicepräsidentenfrage wegen ausgetreten sind. Wir bedauern, daß wir des Raummangels wegen auf das sehr werthvolle Schreiben erst morgen ausführlich zurückkommen können.

[] **Aus Baden,** 7. März. Wenn man Tag für Tag ruhig die zahllosen Versündigungen an unserer heranwachsenden Jugend mitansehen muß, wie sie sich unter dem Deckmantel der Wissenschaft in Lese- und Lehrbüchern und nicht zum Mindesten in einem wesentlichen Bestandtheil unserer Schulbibliotheken breitmachen, gereicht es zu besonderer Genugthuung, einmal eine autoritative Stimme zu hören, welche solch' gemeingefährlichem Treiben den letzten wissenschaftlichen Halt entzieht. In der Sitzung der Anthropologischen Gesellschaft zu München hielt am 19. Februar d. J. Professor Johannes Ranke einen Vortrag über den diluvialen Menschen in zoologischer und anthropologischer Beziehung. Nach einem Ueberblick über die seit Ende der vierziger Jahre angestellten Forschungen nach der Abstammung des Menschen, bei denen man nach einem Zwischenglied zwischen Mensch und Affe suchte, wies Ranke, wie die „Allgemeine Zeitung" berichtet, an den Skeletten zweier Gorillas und eines Menschen auf die großen Unterschiede zwischen dem Menschen und dem Affen hin, die sich im Schädel, im Rumpfe, bei den Armen und den Beinen zeigen. Eine Anzahl von Körpermessungen hat diese Unterschiede festgestellt. Nach diesen gibt's deutliche, wenn auch kleine Unterschiede nicht blos zwischen den einzelnen Racen, sondern auch zwischen den Ständen eines einzelnen Volkes, erzeugt durch die von der verschiedenen Beschäftigung bedingte körperliche Ausbildung. Dabei erscheinen die Unterschiede zwischen Negern (bei welchen wie beim „diluvialen" Menschen gewisse Leute schon das Zwischenglied zwischen Mensch und Affe gefunden haben wollen) und Weißen nicht stärker als zwischen den einzelnen Ständen bei letzteren: „Burmeisters Theorie von der Affenähnlichkeit der Neger fällt, es gibt keine Stufenleiter zwischen Menschen und Affen, und der Neger ist nicht thierähnlicher als der Europäer." Gerade so verhält es sich mit dem diluvialen Menschen. Die vorhandenen Ueberreste, aus welchen wir einen Schluß auf dessen Körperbeschaffenheit ziehen können, geben uns für den diluvialen Menschen dieselben Maße der einzelnen Theile, wie für den Menschen der Gegenwart und zeigen ihn in der gleichen Vollentwickelung. Das Räthsel für die bestehenden Unterschiede zwischen den Racen und den Ständen aber löst sich in der individuellen Entwickelung des einzelnen Menschen. So gelangt das weibliche Wesen niemals zu der nämlichen vollen Ausbildung wie der Mann und bleibt immer näher am kindlichen Stadium; auch der Kulturmensch kommt nie zur vollen körperlichen Entwickelung. Bei allen „menschenähnlichen Affen", so faßt Hurley die Hauptunterschiede zwischen diesen und dem Menschen zusammen, sind „die Schädelkapsel kleiner, der Rumpf größer, die Beine kürzer, die Arme länger als beim Menschen." Die große, zwischen dem Menschen und dem Affen gähnende Kluft indessen, darin gipfelten die Darlegungen des Vortragenden, kann nach dem heutigen Stande der Wissenschaft nicht ausgefüllt werden. Darwin's Entwicklungslehre bleibt also, obgleich sie schon seit einem Menschenalter (1859) bei Alt und Jung als unumstößliche Wahrheit verkündet wird, ein Truggebilde, das vor den Ergebnissen exakter Forschung in sich selbst zusammenbricht. Das hindert aber unsere Jugend- und Volksaufklärer nicht im Geringsten, aller Wissenschaft zum Trotz sie immer von Neuem als alleinige Wissenschaft auszubieten.

[] **Vom Oberland,** 7. März. Die Rede des „altkatholischen Stadtpfarrers" Stubenvoll von Heidelberg über die „Feuerbestattung in ihrer Stellung im Christenthum," die nunmehr in ihrem anerkannten Wortlaute vorliegt, nimmt sich in der That noch weit merkwürdiger aus, als man nach den anfänglichen Zeitungsberichten vermuthen konnte. „Wenn ich so sagen darf," meinte der Redner vor seiner gemischten Zuhörerschaar, in welcher „Mitglieder des Komitees und mehrere Herren, die ein wissenschaftliches Interesse an der Beobachtung des Vorgangs hatten," vertreten waren, so soll dem Krematorium zugleich mit seiner Eröffnung „die kirchliche Weihe gegeben werden." Er warf nun einen kurzen Rückblick in die Geschichte des Leichenverbrennungswesens, wonach „allmälig bei Griechen und Römern, besonders auch bei den alten Germanen das Verbrennen der Leichen allgemeiner Gebrauch" geworden sein soll. Dann versuchte er — gerade als ob das altkatholische Rituale, das doch nach der amtlichen Verkündigung „nur für diese Beerdigung gemacht und geeignet ist," nicht vorhanden und für ihn das römische Rituale ausschlaggebend wäre — aus dem letzteren „die Behauptung zu erhärten, daß die Bestattungsfrage an sich, und im Lichte des Christenthums betrachtet, nichts mit der Religion, am allerwenigsten mit der Dogmatik zu schaffen habe!"

„Nimm, o Erde, was dein ist! Gott nehme, was sein ist! Der Leib ist aus Erde gebildet, der Geist von oben eingehaucht." So spreche die römische Kirche am Grabe ihrer Mitglieder; „wir" aber „haben als Christen und denkende Menschen überall dem Geiste nachzugehen und dürfen nicht am Buchstaben haften." Die Kirche sage mit diesen Worten nichts weiter als: „Was irdisch ist am Menschen, was aus Elementen der Natur gebildet ist, kehre wiederum zur Natur und deren Elementen zurück." Schon die ersten Christen hätten so gedacht. Zur „Erhärtung" dessen das Folgende:

„Als der greise Bischof Ignatius von Antiochien im Jahre 107 auf Befehl des Kaisers Trajan den wilden Thieren vorgeworfen wurde, da rief er aus: „Was liegt daran, o Trajan? Wirf mich in's Meer, schleppe mich auf den Scheiterhaufen oder laß mich von den Zähnen wilder Thiere zerrieben werden, damit ich als ein Brod Christi erfunden werde! Meinen Geist geht das nichts an!!" (Das doppelte Ausrufungszeichen stammt von Stubenvoll.) Aehnlich Polykarp, Bischof von Smyrna, als er 162 den Scheiterhaufen bestieg. Und schauen wir herauf in's Mittelalter, wo die Scheiterhaufen loderten und Christen ihre Christenbrüder bei „lebendigem" Leibe verbrannten! Wo war da die Erdbestattung in der christlichen Kirche? Also, mit der Religion, speziell mit der Glaubenslehre, hat die Frage, ob Erdbestattung oder Feuerbestattung, nichts zu schaffen."

Wir möchten dem Fachmann nicht vorgreifen, derartige Leistungen mit dem richtigen Namen zu bezeichnen, wir haben es ja auch weniger mit dem „denkenden Menschen" als mit der altkatholischen Leuchte Stubenvoll zu thun. Von diesem Standpunkt aber müssen wir uns entschieden dagegen verwahren, daß der „altkatholische Stadtpfarrer" von Heidelberg sich auf die Autorität der katholischen Kirche steife, wo ihn sogar die Autorität der Bonner Kirchengemeinschaft im Stiche läßt. Aus den Worten der Hl. Ignatius und Polykarpus erhellt allerdings, wie die ersten Christen in Sachen der Bestattung gedacht haben. Aber das waren nicht die Stubenvoll'schen Hirngespinnste, sondern die ersten Christen waren erfüllt von heiliger Ehrfurcht, von dem Glauben an die Auferstehung des Fleisches und von der Ankündigung Gottes (Genesis 3, 19): „Du sollst wieder zu der Erde zurückkehren, von der Du genommen bist". So heilig sie aber diesen Glauben und diese Ankündigung auch hielten, so galt es doch einem Ignatius und einem Polykarp im Vergleich zu der himmlischen Ehre, die ihrer Seele keine irdische Macht verkürzen konnte, als nichts, der letzten irdischen Ehre verlustig zu gehen. Dieser der Heiligen allein würdigen Heiligthaltung weiß Herr Stubenvoll nur eine „Heiligthaltung des Gefühls" gegenüberzustellen, wie wenn man bei der thätlichen Gewalt, um nicht zu sagen Rohheit, die durch die Verbrennung an dem Leichnam geübt wird, überhaupt noch von einem heiligen Gefühle sprechen könnte!

Es wäre ja erklärlich, wenn Religion und Glaubenslehre bei Herrn Stubenvoll anläßlich seiner berühmten Beschäftigung mit dem „Heidenthum im Christenthum" einigermaßen zu Schaden gekommen sein sollten. Immerhin hätte er vor den Mitgliedern des „Komitees" und den Herren, „die ein wissenschaftliches Interesse hatten", sich nicht die Blöße geben sollen, zu behaupten, die Religion und die Glaubenslehre hätten mit der Frage der Leichenbestattung „nichts zu schaffen". Gar mancher von diesen Herren hätte vermöge seiner Logenpraxis ihn auf der Stelle eines Anderen belehren können. Hat doch der gleichzeitig mit dem Vatikanischen Konzil eröffnete internationale Freimaurerkongreß zu Neapel, welcher die „Verpflichtung" übernahm, „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln an der schleunigen und radikalen Beseitigung der katholischen Kirche zu arbeiten," gerade die Vernichtung der Friedhöfe und deren Verwandlung in Verbrennungsanstalten für die Todten als ein vorzügliches Mittel zu diesem Zweck erklärt: Die Verbrennung sollte eben den Glauben an ein jenseitiges Leben in seinen letzten Kundgebungen vernichten! Und als bekannt wurde, daß die Inquisitionskongregation unter'm 19. Mai 1886 die Betheiligung an einem Leichenverbrennungsverein, sowie die Verbrennung der eigenen Leiche oder der Leiche eines andern verboten habe, lud sofort die königliche Loge zu Mailand den Großorient Italiens ein, „alle Logen anzuregen, daß sie (von nun an) die Leichenverbrennung als Gesetz der Freimaurerei betrachten." Das spricht doch gewiß deutlich genug!

Was im Weiteren die Hereinziehung der verbrannten „Christenbrüder" anbelangt, so will es eine eigenthümliche Ironie des Schicksals, daß Herrn Stubenvoll in der gleichen offiziellen Schrift („Die Feuerbestattungsanstalt in Heidelberg"), welcher seine „klare und interessante" Rede einverleibt ist, für dieses glänzendste Schaustück von vornherein der Boden entzogen wird. Denn während er noch auf S. 53, nachdem er eben erst die Kirche als Zeugin angerufen, mit überlegenem Ton fragt: „Wo war da die Erdbestattung in der Kirche?" hat bereits auf S. 5 Geh. Regierungs- und Medizinalrath

Dr. E. Vix in Darmstadt ein schauriges Bild von den „vor einigen Jahren" in Spanien aufgedeckten „Massengräbern" geliefert, „in welchen die im Mittelalter als Opfer der Inquisition zu Tausenden verbrannten Ketzer bestattet wurden." Wer hier, trotz ungeheuerlicher Uebertreibung, der Wahrheit näher gekommen ist, Stubenvoll oder Vix, möge der Erstere sich selbst beantworten.

Zum Schlusse verlangt Stubenvoll Freiheit für die „Heilighaltung des Gefühls": „Darum die Freiheit der Erdbestattung für alle diejenigen, welche wollen, daß ihre irdischen Ueberreste im Schoße der Erde begraben werden, aber auch Freiheit für diejenigen, die dem sich immer mehr Bahn brechenden Prinzipe der Bestattung durch die reinigende Kraft der Flammen den Vorzug geben," und übergibt sodann die Leiche „dem reinigenden Elemente des Feuers im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes." Was wohl Bischof und Synodalrepräsentanz zu „der Bestattung durch die reigende Kraft der Flammen" gesagt haben werden?

Freiburg, 8. März. In einer der letzten Nummern des „Freiburger Tagblattes" (amtliches Organ für die städtischen Behörden) war in Betreff des Ankaufs von Kunstgegenständen für die Münsterlotterie Folgendes zu lesen:

„Freiburg, 1. März. (Eingesandt.) Das Publikum wurde dieser Tage eingeladen, die für die Münster-Lotterie angekauften Kunstgegenstände zu besichtigen. Einsender dieses folgte heute dieser Einladung und ging ziemlich enttäuscht von dannen. Wir sahen eine Anzahl von Bildern, meist von Karlsruher Kunstschülern, Bilder, die ganz entschieden das Geld nicht werth sind, das sie kosten. Wir sind zwar der entschiedenen Ansicht, daß badische Künstler bevorzugt werden, allein nur wenn ihre Leistungen kunstgerecht und preiswürdig sind und das fanden wir — wir wollen einstweilen keine Namen nennen — eben selten. Daß man Bilder, die schon überall ausgestellt waren und nirgends Käufer fanden, bei dieser Gelegenheit abschiebt, müssen wir entschieden tadeln. Aber auch tadeln, wenn man z. B. auswärtigen Malern für die höchst einfältige Darstellung „eines Trannes" 1000 M. bezahlt, ein Bild, für das der Gewinner nicht 100 bekommt. Und erst die gestickten Fächer und Täschlein aus der Luisen-Stickschule von Karlsruhe! Wir haben arme Frauen und Mädchen genug hier, die so was gerne gestickt hätten, aber es nicht wagten, es als Kunst auszustellen. Wie wir hören, soll gar noch eine weitere Sendung dieser gestickten Musterstücher, die für keinen Gewinner Werth haben, angekauft sein! Da muß Wandel geschafft werden. In Zukunft zeige man dem Publikum vorher alles, was angeboten wird, wie bei jeder Ausstellung und dann kann es urtheilen, wie gekauft wurde. Daß wir hier einen Ausschuß-Bazar von Karlsruher Schülern und Liebhlingen bekommen und ihn gut bezahlen — dagegen muß man im Anfang gleich auftreten, was hiermit geschieht.

Einer vom Publikum."

Wir müssen offen gestehen, daß uns, nachdem wir die Ausstellung der angekauften Kunstgegenstände in der Theaterschule selbst besichtigt und auch das Urtheil verschiedener hiesiger Kreise gehört haben, der Artikelschreiber aus der Seele gesprochen hat. Es scheint wirklich in höchst auffälliger Weise bei Ankauf der Gegenstände verfahren worden zu sein. Vollständig unpraktische Sachen, mit denen der Gewinner gar nichts anzufangen weiß, und deren „Kunstwerth" mindestens zweifelhaft ist, sind in Menge gekauft worden, während andererseits z. B. die auf dem benachbarten Schwarzwald so hoch entwickelte Uhrenindustrie vollständig ignorirt wurde. Es dürfte wohl die Frage angebracht sein, wer eigentlich für den Einkauf dieser Gegenstände die Verantwortung trägt, ob solcher in den Händen einer einzelnen Person liegt oder ob der Hauptausschuß des Münsterbauvereins gehört wurde und seine Zustimmung gegeben hat. Vom wesentlichem Nutzen für die zukünftigen Münsterlotterien dürfte es wohl nicht sein, wenn gleich bei der ersten Verloosung die Gewinner mit solchen Erzeugnissen der „Kunstindustrie" abgespeist werden, und dies scheint und doch auch ein Gesichtspunkt zu sein, von welchem aus die Sache behandelt werden muß.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 9. März.

43. öffentliche Sitzung der 2. Kammer. (Schluß.)

Abg. Blankenhorn: Die Bittschrift des oberbadischen Weinbauvereins, die auch er unterschrieben habe, sei von dem gleichen Gesichtspunkte ausgegangen, wie die der Herren Fischer und Genossen. Es könne ihm einerlei sein, wie dem Weinbau geholfen werde, wenn nur geholfen werde. Mit den Anträgen der Kommission sei er sehr einverstanden und empfiehlt sie deshalb zur Annahme.

Minister Eisenlohr: Die großh. Regierung erkennt die mißlichen Zustände im Rebbau an und wird alle Mittel aufwenden um Abhilfe zu schaffen. Nach pflichtgemäßer Prüfung der Kommissionsanträge hätten sich jedoch manche Bedenken ergeben. Dem Antrag b., die Anlegung von Rebschulen betreffend, werde die Regierung zustimmen, auch zum Punkt c., die Steuerbefreiung der Rebstücke auf 5 Jahre könne er ebenfalls entgegenkommend erwidern. Wenn das hohe Haus diesem Punkt zustimme, werde in den nächsten Tagen ein bezüglicher Gesetzentwurf vorgelegt werden. Dagegen sei Punkt a., die theilweise Rückerstattung der Staatssteuer aus Rebgeländen nach Mißjahren, undurchführbar. Er freue sich, daß der Abg. Hug seinen Antrag zurückgezogen habe, er würde dem ebenfalls ernstlich entgegengetreten sein. Wenn man in dieser Weise unser Ertragssteuersystem durchbrechen wolle, komme man an kein Ende, weil es noch viele Kulturarten gebe, die zeitweise keinen Ertrag abwerfen. Das Gleiche komme bei der Gewerbe- und sogar bei der Häusersteuer eintreten, denn auch dort komme eine zeitweise Ertragslosigkeit vor. Was in erster Reihe den Antrag a. undurchführbar mache, sei die schwierige Feststellung des Begriffs Mißjahre und Mißwachs; denn es sei nicht möglich, die Ursache der Ertragslosigkeit mit Sicherheit festzustellen und es sei nicht zu sagen, wo der Mißwachs anfange. Ein Grundstück liefere oft einen Ertrag, ein anderes nicht ꝛc. Sodann handle es sich im Allgemeinen um so minimale Beträge, daß den Rebleuten damit in keiner Weise geholfen sei. Die größeren Rebbesitzer könnten aus einem Steuernachlaß allerdings einen kleinen Vortheil ziehen, aber diese könnten Mißjahre viel eher ertragen als der kleine Mann, der oft nach zwei oder 3 Mißjahren ruinirt sei. Nach statistischen Erhebungen seien gerade in größeren Rebbezirken die Gelände sehr parcellirt. Angenommen es sei ein vollständiger Mißwachs festgestellt, so betrage z. B. in der Gemeinde Liauffen der Steuernachlaß bei einigen großen Rebbauern 10 M., bei anderen betrage er nur 50 Pfg., 3 oder 5 M. Aehnlich sei es in der Gemeinde Achkarren. Um dies festzustellen habe der Steuerkommissär in Lauffen 1½ Tage gebraucht, in Achkarren 4 Tage, in einer anderen 7 Tage. In einem ganzen Bezirk würde diese Arbeit Monate in Anspruch nehmen, dazu komme noch die Untersuchung des thatsächlichen Mißwachses. Der Betrag des Nachlasses stehe also in keinem Verhältniß zur Arbeit. Wenn ihm auch der Antrag Hug auf Herabsetzung der Rebsteuer um 50 pCt. unannehmbar erscheine, so könne er ihn dem Kommissionsantrag doch noch vorziehen, da er die Arbeit nur einmal mache. Er könne also den Antrag a. nicht zur Annahme empfehlen. Das hohe Haus möge aus der Zustimmung zu den anderen beiden Anträgen das Wohlwollen erkennen, das die Regierung der Sache entgegenbringe. Das hohe Haus möge also von diesem Antrag absehen. Was das Verhältniß der Steuerkapitalien zum Kaufwerth betreffe, so habe sich statistisch ergeben, daß auch in den Mißjahren der Kaufpreis das Steuerkapital durchschnittlich übersteige.

Abg. Gerber: Die Bedenken der Großh. Regierung gegen den ersten Antrag habe er vorausgesehen. Die gleichen Bedenken trösten jedoch auch bei Hagelschlag und Ueberschwemmung zu. Die Grundsteuer verursache die Mißstände nicht, aber die Ungerechtigkeit, die darin liege, daß sie von Grundstücken bezahlt werden müsse, die gar nichts ertragen, sogar noch Kosten verursachen, errege die Unzufriedenheit der Rebleute, die im Ober-, Unter- und Mittelland gleich sei. Die Ertragslosigkeit in gewerblicher Hinsicht könne mit den Mißjahren der Rebleute nicht verglichen werden, da daure die Geschäftsstockung nur Wochen oder Monate lang und könne nachher wieder eingebracht werden. Die Hauptursache der Mißjahre liege im Wetter. Viel trügen zur Unzufriedenheit auch die Zwangsmaßregeln bezüglich der Rebkrankheiten bei und die hohen Strafen, die von der Regierung bei jeder Gelegenheit deswegen angewendet würden. Ferner sei nicht zu übersehen, daß die Weinfabrikation, auch wenn sie mit inländischen Weinen arbeite, den Weinbauer schwer schädigte. Er hoffe, daß das neue Weinsteuergesetz hierin Abhilfe schaffen werde. Durch zahlreiche Petitionen hätten die Weinbauern gezeigt, daß sie kein Zuckerwasser als Wein verkaufen wollten. Wenn der Finanzminister dem Antrag nicht zustimmen könne, so möge man den Centrumsantrag auf Steuerherabsetzung wieder einbringen. Alle Weinberge seien in Folge der Kunstweine thatsächlich an Ertragsfähigkeit heruntergekommen und damit auch im Werth, das zeige sich insbesondere bei Zwangsversteigerungen. Niemand würde heute einem Weinbauer auf einen Weinberg im Werthe von 1400 Mk. 700 Mk. leihen. Die Pfandgerichte richteten sich bei Obligationen nicht nach dem Steueranschlag, sondern nach ihrer eigenen Schätzung. Er bedauere, daß gerade der wichtigste Punkt von der Regierung nicht angenommen werde. Die Errichtung von Rebschulen sowie die Befreiung erneuerter Rebstücke von der Grundsteuer halte er zwar für sehr vortheilhaft und nothwendig, aber das sei nicht ausreichend. Er stimme für die Kommissionsanträge.

Abg. Schüler: Als Vertreter eines Rebbezirkes und praktischer Rebbauer wollte er in längeren Ausführungen die Anträge befürworten. Das Gehörte habe ihn jedoch davon abgebracht und er wolle nur auf verschiedene Ausführungen erwidern. Zunächst theilt er verschiedene, die mißliche Lage der Rebbauer charakterisirende Momente aus einer ihm gewordenen Zuschrift von Weinbauern mit, in welcher zahlenmäßig mitgetheilt wird, wie groß der Ausfall der Rebenerträgnisse in den letzten Jahren gewesen ist. Er hätte lieber gesehen, wenn der motivirte Antrag wegen Herabsetzung um 50 pCt. in der Kommission angenommen worden wäre; da eine Einigung jedoch nicht zu erreichen war, habe er sich bereit erklärt, jedem Antrag, von welcher Seite er auch komme, zuzustimmen, wenn er Abhilfe herbeiführe, denn die Lage der Weinbauern sei sehr mißlich. Er verstehe und begreife auch die Bedenken der Regierung. Die Ursachen der schlechten Erträgnisse und Rebkrankheiten lägen nicht in dem Umstand, daß schon hundert Jahre am gleichen Ort Reben gepflanzt würden. Die Ursache liege vielmehr in den naßkalten Jahren, der schlechten Blüthezeit ꝛc. Allerdings komme es auch auf die Bodenart an, darum lasse sich sehr schwer etwas Einheitliches für's ganze Land schaffen. Die Errichtung von Rebschulen halte er für sehr nothwendig. Was Mißjahre seien, könne sehr leicht festgestellt werden; er stimme also dem Finanzminister nicht bei, der meine, dieser Begriff sei schwer zu definiren. Redner weist zahlenmäßig den Rückgang der Herbsterträgnisse in seiner Heimathgemeinde nach, dagegen seien die Auslagen gestiegen. In Folge dessen hätten sich große Defizits ergeben. Würden die Rebbauern nicht auch andere Landwirthschaft betreiben, so könnten sie dies nicht aushalten. In solchen Rebgegenden, wo fast ausschließlich Rebbau getrieben werde, sei der Nothstand schon sehr hoch. Für den kleinen Mann seien 50 Pf. auch schon eine große Summe, wenn er sie nicht habe; er kenne dafür viele Beispiele. Allerdings hätten die größeren Rebbauern den größten Vortheil aus einem Steuernachlaß, wenn man aber gleiches Recht für Alle gelten lassen wolle, könne man sie eben nicht ausschließen. Wenn seine Parteifreunde damit einverstanden seien, werde er auf den Centrumsantrag wegen Herabsetzung auf 50 pCt. zurückkommen. Der Rebbauer wisse, daß allen Ständen geholfen würde, nur ihm wolle man nicht helfen. Das Entgegenkommen der Regierung habe deshalb auch einen moralischen Erfolg, denn das Volk sehe, daß die Regierung wenigstens helfen wolle. Wie die Zustände jetzt seien, könnten sie nicht bleiben, denn sie bedeuteten ein langsames Bankerott werden der Rebleute.

Der Regierungsvertreter kommt auf die Bekämpfung der Rebkrankheiten zu sprechen und betont die Nothwendigkeit der bestehenden Zwangsmaßregeln. Die Regierung sei bei Ausführung derselben viel schonender vorgegangen als andere Staaten. Was gegen die sog. Rebläuse geschehe, geschehe im Vollzug eines Reichsgesetzes.

Abg. Klein-Wreinheim glaubt, daß die Nothwendigkeit einer wirksamen Hilfe allgemein anerkannt werde. Von diesem Streben sei auch die Kommission getragen gewesen. Er freut sich, daß der Minister wenigstens mit zwei Anträgen der Kommission einverstanden sei. Die Weinbauern seien in den letzten Jahren so unhaltbar geworden, daß eine Auffrischung sehr nothwendig erscheine. Er erkenne die Bedenken der Regierung wegen des ersten Punktes wohl an, aber unüberwindlich seien sie nicht. Er bitte auch diesem Punkte zuzustimmen.

Minister Eisenlohr wiederholt, daß er diesen Antrag nicht annehmen könne, weil er undurchführbar und unrichtig auch nicht berechtigt sei. Auch wenn die Ertragssteuer in eine Einkommensteuer umgeändert werde, würde der erwünschte Effekt nicht erreicht. Der Vorschlag sei auch nicht praktisch. Der Begriff Fehljahr und Mißwachs sei nicht so leicht zu definiren, da der geringe Erträg nicht blos mit dem Wachsthum zusammenhänge. Wenn die Herren praktischere Vorschläge machen könnten, wäre die Regierung gerne bereit, sie auf ihre praktische Durchführbarkeit zu prüfen; die Regierung selbst wisse keine Vorschläge. Aber diesen Kommissionsantrag könne die Regierung nicht acceptiren. Auf den Antrag Hug möge man jedoch nicht zurückkommen, denn auch dieser sei unannehmbar, wenn er im Allgemeinen auch vorzuziehen sei. Die Regierung wolle so gut helfen, wie die Kammer.

Abg. Lohr: Daß den Rebleuten auf irgend eine Weise geholfen werden müsse, darüber sind wir Alle einig. Wenn in den Jahrgängen 1886, 87 und 88 ein Verlust von über 28 Millionen vorhanden war, so wird, wenn wir die drei letzten Jahre noch dazu rechnen, der Verlust wohl die doppelte Summe erreichen. 60 Millionen Verlust in sechs Jahren ist für die weinbautreibende Bevölkerung in einem so kleinen Land wie unser Großherzogthum gewiß ein arger Verlust. Wären unsere Winzer nicht so äußerst genügsame Leute, so hätten schon Katastrophen eintreten müssen. Daß also geholfen werden muß, darin sind wir einig, aber wie, darüber gehen die Wege auseinander. Der Abgeordnete Blankenhorn und Genossen brachten einen Antrag ein, der die Neueinschätzung des Rebgeländes bezwecken sollte, Fischer und Genossen brachten einen Antrag ein, wodurch die Steueranschläge der Rebgelände um 50 Procent erniedrigt werden sollen. Beide Wege erwiesen sich als ungangbar, der erstere erwies sich als zu kostspielig, der letztere hatte seine Schwierigkeit in der Gemeindebesteuerung. Beide Wege haben aber das Gemeinsame, daß sie eine höchst ungenügende Hilfe bringen würden. Der gangbarste Weg scheint mir noch durch den Kommissionsantrag bezeichnet zu sein. Aber auch dieser Antrag wird die schweren Wunden, die unsern Rebleuten geschlagen wurden, nicht zu heilen vermögen, er legt ihnen höchstens ein schmerzstillendes Pflästerchen auf. Ueberall könne man aber mit dem besten Willen nicht helfen, denn auch der kleinere Gewerbetreibende befindet sich in keiner rosigen Lage. Unser materialistisches, eisernes, maschinenreiches Zeitalter ist ganz dazu angethan, den Reichthum zu centralisiren und eine Massenarmuth herbeizuführen. Wie da zu helfen ist, darüber werden sich noch verschiedene Gelehrte den Kopf zerbrechen können. Eine Hauptbeschwerde unserer Winzer richtet sich gegen die Weinfabrikation und ich begrüße es deshalb mit Freuden, daß der Kunstwein höher zur Steuer herangezogen wird. Sowie es unter allen Parteien verschiedene Richtungen gibt, so gibt es unter der Genossenschaft derjenigen, die sich zur Aufgabe gemacht, den Rebbauern zu helfen, eine Masse die sich Puristen nennen. Erst in diesem Landtag hat sich meine Kenntniß in der deutschen Sprache soweit erweitert, daß ich weiß, was dieser Ausdruck zu bedeuten hat. Puristen sind diejenigen, die nur puren Wein kaufen oder verkaufen und nur puren Wein trinken wollen. Ich bin schon mit solchen Herren in Gesellschaft gewesen und habe gesehen, wie ihnen der Champagner vortrefflich mundete; der Champagner ist ein Getränk, das auch der schwächste Magen vertragen kann, wenn er nicht zu spät genossen wird, selbst schwer kranken Personen wird noch Champagner verschrieben. Und was ist denn der Champagner, der in den Handel kommt; es ist verbesserter Apfelwein, oder sonst ein verbesserter leichter Wein. In neuerer Zeit wird die Beerenkultur sehr anempfohlen; der Johannisbeerwein wird ganz außerordentlich gerühmt, was wäre aber der Johannisbeerwein ohne Zuckerzusatz, er wäre ein total ungenießbares Getränke. So gibt es in schlechten Weinjahren in geringeren Lagen eben Weine, die, wenn sie ein gesundes und angenehmes Getränk werden sollen, verbessert werden müssen, aber die Quantität soll nicht ungebührlich vermehrt werden. Ein Landesgesetz, das in dieser Beziehung zu rigoros vorginge, würde seine eigenen Rebbesitzer schädigen, denn wenn wir Landesgesetze erlassen, und unsere Nachbarländer zuckern vor wie nachher, dann kommen nur wir in den Nachtheil, aber auch durch die Reichsgesetzgebung ist nicht Alles erreicht, den Franzosen können wir das Zuckern doch nicht verbieten, dann werden sie Norddeutschland erst recht als ihr Absatzgebiet erlangen. Die Freunde der Handelsverträge sagen uns, daß unsere Rebleute durch die Erniedrigung der Weinzölle keinen Schaden nehmen werden, denn dadurch, daß wir unsere geringen Weine mit den schweren südländischen Weinen verschneiden, werden sie begehrter und handelsfähiger; ich glaube das gern.

Hier wurde der Redner unterbrochen, da er nach Ansicht des Präsidenten nicht mehr zur Sache spreche.

Abg. Rau steht ganz auf dem Boden der Großh. Regierung. Seine Bedenken gegen den ersten Antrag sind praktischer und principieller Natur.

Abg. v. Buol sieht sich zu einigen Bemerkungen veranlaßt, weil der Vorredner sich ganz auf den Standpunkt des Ministers stellend die Aufforderung an das Haus gerichtet hat, die Ziffer 1 des Kommissionsbeschlusses abzulehnen. Das gehe entschieden zu weit; denn damit wäre die Sache so gut wie erledigt, während doch ein Gesetzentwurf über Gewährung von Grundsteuernachlässen bei Unglücksfällen sich bereits in Berathung der Kommission befinde und demnächst in der Kammer verhandelt werden könne. Wenn man nun auch die Bedenken des Ministers noch so sehr würdige, so sei es doch geboten, die Sache nochmals zu erwägen und dort zu versuchen, ob sich nicht ein anderer Weg finden lasse, auf dem das allgemein Angestrebte zu erreichen sei. Redner wird deshalb trotz Allem für den Kommissionsantrag stimmen und bittet er das Haus, dasselbe zu thun. Anlangend die Bedenken des Ministers, so sei der Begriff „Mißernte" allerdings kein ganz bestimmter; dasselbe sei aber hinsichtlich der Bezeichnung „außergewöhnliches Naturereigniß" und hinsichtlich des im gedachten Gesetzentwurf als besonderen Grund aufgeführten „Wolkenbruchs" der Fall; schädige ein Regen die Früchte, so nenne man ihn Wolkenbruch, andernfalls nicht; auch hier sei also die Thatsache, nicht die Ursache der Beschädigung maßgebend. Das Bedenken der Unvereinbarkeit mit dem Princip der Grundsteuer theile er nicht; zum Wenigsten seien dann die Vorschläge des Gesetzentwurfs ebenfalls principwidrig. Mit dem Vorhalt bedenklicher Konsequenzen in Folge angeblichen Verstoßes gegen das Princip der Ertragsteuer könne man nicht kommen, nachdem die gesetzgebenden Faktoren z. B. seit 1860 bei jeder Gesetzesänderung den Schuldenabzug bei der Kapitalrentensteuer bestehen lassen, trotz der unbestrittenen Unvereinbarkeit desselben mit der Ertragsteuer und die Regierung in dem erwähnten Gesetzentwurf sogar neuerdings noch die Ausdehnung dieser inkonsequenten Zulassung vorschlage. Das schwerste Bedenken liege zweifellos in dem, was der Minister über die Kosten der Ermittelung eines Mißernteschadens vorgebracht; das bezügliche Material möge der Kommission für das Grundsteuernachlaßgesetz mitgetheilt werden und dabei angegeben werden, ob nicht auch die Kosten der nach jenem Gesetz erforderlichen Ermittelungen sich so hoch oder noch höher belaufen, als an Steuernachlässen überhaupt zu erreichen ist.

Abg. Frank stimmt der Regierung bei und befürwortet warm die Anlage von Rebschulen.

Abg. Rufer erklärt Namens seiner Parteifreunde, daß sie dem Antrag a zustimmen, indem sie die Klagen der Rebleute für vollständig berechtigt halten, daß sie sich auf der anderen Seite aber auch der großen Bedenken nicht verschließen, die von Seiten der Regierung vorgebracht wurden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatten wird angenommen und nach einem Schlußwort des Berichterstatters werden sämmtliche 3 Anträge der Kommission genehmigt.

Nächste Sitzung Freitag, Vormittags 10 Uhr.

Tagesordnung: 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1892/93. Titel 10 der Ausgabe (Wissenschaften und Künste). Berichterstatter Abg. Fieser. 3. Berathung des Berichts der Eisenbahnkommission über die Bitte der Bewohner des Wiesenthals, um Ermäßigung der Güterfrachtsätze, sowie der Fahrkartenpreise auf der Wiesenthalbahn. Berichterstatter Abg. Kopp.

Kleine badische Chronik.

+ **Mösbach**, Amt Achern, 8. März. Letzten Donnerstag, den 3. März, ist unsere Pfarrei, welche seit dem Todestag des verstorbenen Herrn Pfarrer Pfändler, (8. November 1891) von Herrn Pfarrer Hamburger im nahen Ulm zu allgemeiner Zufriedenheit der ganzen hiesigen Bevölkerung verwaltet wurde — die Arbeit war gewiß keine geringe, wenn man die große Pfarrei in der umfangreichen Pfarrei Ulm mit Haslach bedenkt — durch Herrn Stadtpfarrer Thoma in Gernsbach wieder besetzt worden. Der hochw. Herr wurde am Bahnhofe zu Renchen vom Gemeinde- und Stiftungsrath begrüßt und nach Mösbach auf den bereitstehenden, reich bekränzten Fuhrwerken geleitet, wo sich beim Pfarrhause zur Begrüßung fast der ganze Ort eingefunden hatte. Der Gesangverein trug unter Leitung seines Dirigenten, des Herrn Hauptlehrers Albiker, einige Lieder gut vor, worauf letzterer eine von Herzen kommende Anrede an den neuen Seelsorger hielt, welche von diesem ebenso herzlich erwidert wurde. Kommendes Spätjahr wird unsere Pfarrei wieder definitiv besetzt werden. Da Pfarrhaus, Kirche und Schulhaus schön beisammen sind, und der Ort, am Gebirgsfuße gelegen, eine recht hübsche, gesunde Lage hat, so dürfte es dem späteren Inhaber der Pfarrei hier recht gut gefallen.

Lokales.

Karlsruhe, 10. März.

— **Hoftheater.** Wie wir von gut unterrichteter Seite hören, sollen die Parthien zu Donizetti's „Don Pasquale" sowie zur „Favoritin" bereits vertheilt worden sein. Erstgenannte Oper ist schon so lange hier nicht mehr gegeben worden, daß sie wie eine „Novität" wirken dürfte; die „Favoritin" ist seit Abgang des Tenoristen Ernst nicht mehr aufgeführt worden. Unsere Operndirektion soll ernstlich gewillt sein, auch älteren melodisch reichlich ausgestatteten Opern italienischer und deutscher Meister das Wort zu geben und so die im Interesse des Instituts, sowie hauptsächlich auch der ständigen Theaterbesucher nach dieser Richtung hin so wünschenswerthe Parität zu schaffen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 10. März. Zu dem Gesetzentwurfe über den Belagerungszustand in Elsaß-Lothringen haben die nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Petri und Dr. v. Cuny in der zur Vorberathung dieser Vorlage gewählten, am 11. d. M. zusammentretenden Kommission den Antrag eingebracht, unter Ablehnung dieses Gesetzentwurfs die verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen für das ganze Reichsgebiet bestimmten Entwurf des im Art. 68 der Reichsverfassung vorgesehenen Reichsgesetzes über den Kriegszustand dem Reichstage baldigst vorzulegen.

Handel und Verkehr.

Frankfurt, 9. März. Die Stimmung der Börse war heute von Anfang an lustlos und schwach und hat sich auch im weiteren Verlaufe des Geschäftes nicht bessern können. Die ungünstige Einwirkung ging von Wien aus, woselbst, laut „Fr. J.", Eisenbahnaktien, namentlich Staatsbahn, stark angeboten wurden. Auch verstimmte der starke Kursfall der Aktien der Oesterreichisch-Ungarischen Bank. Da ferner die Tagesspekulation vollständig unthätig blieb, so ermäßigten die Kurse fast auf dem ganzen Preiscomplex ab. Am Bankenmarkte sind die leitenden Papiere durchschnittlich ca. ¼—1 % niedriger aus dem Verkehre hervorgegangen. Von Oesterreichischen Bahnen waren, wie schon oben angedeutet, Staatsbahnaktien flau; auch Lombarden nachgebend, von böhmischen Transportwerthen verzeichnen Buschtehrader abermals eine nennenswerthe Preisermäßigung. Schweizerische Bahnen lustlos und Kurse wenig verändert. Auf dem Montanmarkte entwickelte sich in unseren einheimischen Anlagewerthen nur ein minimales Geschäft und ausländische Fonds ziemlich gehalten. Für Bergwerkspapiere war die Tendenz keine ausgesprochene schwache. Die etwas besser lautenden Berichte über die Gestaltung des Eisenmarktes haben auf diesem Gebiete eine Ermattung der Kurse verhindert. In einer Besprechung der Vertreter der verschiedenen Gruppen des deutschen Walzeisenverbandes sollen nämlich die Leiter des westfälischen Verbandes erklärt haben, daß dieser für die nächste Zeit auf ihren natürlichen Antheil an den Aufträgen verzichte, weil er volle Beschäftigung habe. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Gewinne dieser Aufträge minimal sein dürften, wenn sie überhaupt Gewinne ergeben.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Geburten: 4. März. Luise Johanna, Vater Emil Kleinert, Fuhrmann. — Luise und Elisabetha, Zwillinge, Vater Balthas Kastner, Bleicher. 5. März. Marie Friederike, Vater Friedrich Schwab, Schlosser. — 7. März. Maria Friederike, Vater Jakob Dick, Maschinenmeister. — Robert Ernst, Vater Wilhelm Mayer, Eisenbahnschaffner. — 8. März. Heinrich Josef, Vater Heinrich Ruthmann, Messerschmied.

Todesfälle: 7. März. Emilie Walter, Privatiere, ledig, alt 51 Jahre. — 8. März. Friederike Saul, ledig, alt 68 Jahre.

Auswärtige Todesfälle.

Altenheim: Theobald Maier, Ziegeleibesitzer, 68 J.
Burgheim: Salomon Kiel, geb. Geiser.
Ettlingen: Martin Klein, 77 J., Julius Maier, Schlosser, 64 J.
Heidelberg: Marie Leupold, geb. Hartmann, 67 J.
Pfaffenweiler: Ignaz Kiefer, Altbürgermeister und Amtsrichter, 80 J.
Schopfheim: Emma Meser, geb. Herbster, 36 J. 6 M.
Durlach: Ludwig Burger, Bezirksthierarzt a. D. 67 J.

Einladung.

Nächsten **Sonntag, den 13. d. M.**, Nachmittags 3½ Uhr, findet in der Wirthschaft zum „Prinz" in **Mahlberg** eine

Centrumsversammlung

statt, zu welcher der Abgeordnete des Bezirks, Oberstiftungsrath **Hug**, mit einigen Fraktionsgenossen erscheinen wird.

Hamburger Engros-Lager,

167 Kaiserstrasse 167, Karlsruhe:

Wieder-Eröffnung Mitte März.

9.1

Bauarbeiten-Vergebung.

Zu baulichen Herstellungen am kathol. Pfarrhaus in **Büchig**, Amt Bretten, sollen zur Ausführung in Verding gegeben werden:

	im Anschlag zu Mark
Maurerarbeit	380,82
Zimmerarbeit	38,20
Schreinerarbeit	145,72
Glaserarbeit	41,82
Schlosserarbeit	33,60
Schmiedarbeit	13,86
Blechnerarbeit	37,65
Tüncherarbeit	89,78
Tapezierarbeit (ohne Tapetenlieferung)	9.—

Nach Prozenten der Kostenberechnung auszudrückende Angebote, unter Anschluß von Zeugnissen über Befähigung, Leumund und Vermögen sind schriftlich, versiegelt und mit Aufschrift versehen bis spätestens den

22. März ds. Js.,

Vormittags 10 Uhr,

bei kathol. Stiftungsrath in Büchig postfrei einzureichen.

Die Kostenberechnungen und Bedingungen sind im kathol. Pfarrhause daselbst zur Einsicht aufgelegt.

Karlsruhe, den 9. März 1892.

Erzbischöfliches Bauamt:

2.1 Williard.

Bekanntmachungen, Versteigerungen ꝛc.

Die Gemeinde Bruchhausen, Amt Ettlingen, versteigert am Freitag, den 11. März d. J., Nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathhause einen fetten Rindfasel.

Die Gemeinde Schöllbronn, Amt Ettlingen, versteigert am Freitag, den 11. d. M., Nachmittags 2 Uhr, in ihrem Rathhaus 2 Rindfarren.

Druckerei-Verkauf.

Die altbekannte **W. Hasper'sche Hofbuch- und Steindruckerei** in **Karlsruhe** (Baden) ist sammt Inventar und bedeutender Kundschaft unter günstigen Bedingungen alsbald zu verkaufen, eventuell werden die Maschinen, als: 2 Buchdruckschnellpressen, 4 Buchdruckhandpressen, 1 Tiegeldruckpresse, 1 Glättpresse mit Zugehör, 1 Perforirmaschine, 1 Balancier, 1 Lithographieschnellpresse, 1 Papierschneidmaschine, 8 Lithographiehandpressen, 1 Glättpresse für Karten, 1 Nummerirmaschine mit 5 Nummeratoren und Ziffern, 1 Gießereieinrichtung, 1 komplete Werkzeugeinrichtung für Buchbinder, 1 Liniirmaschine, 1 Paginirmaschine, sowie ca. 120 Centner neue und alte Schriften mit Regale ꝛc., einzeln billigst abgegeben. Näheres Auskunft ertheilt der Konkursverwalter **Carl Burger**, Zähringerstraße 96, **hier**.

Kassenschränke

in nur bester Qualität bei

Wilh. Weiss,

Karlsruhe, Erbprinzenstraße 24. 29

Das älteste und grösste

Bettfedern-Lager

William Lübeck in Altona

versendet zollfrei gegen Nachnahme (nicht unter 10 Pfd.) gute neue Bettfedern für 60 Pf. das Pfd., vorzüglich gute Sorte M. 1.25, prima Halbdaunen nur M. 1.60 und 2 M., [8.7 reiner Flaum nur M. 2.50 u. 3 M. Bei Abnahme von 50 Pfd. 5 pCt. Rabatt. Umtausch bereitwilligst. Fertige Betten (Oberbett, Unterbett und 2 Kissen) prima Julettstoff auf's Beste gefüllt einschläfig 20, 25, 30 und 40 Mk. zweischläfig 30, 40, 45 und 50 Mk.

Verzinkte Drahtgeflechte

in bekannten prima Qualitäten für Einfriedigungen aller Art, nach **jeder beliebigen Maaßangabe.**

Raschefte Bedienung, billigste Preise bei 20.14

Heinrich Weihrauch,

Drahtflechterei,

Eberbach (Baden).

Einladung.

Am **Dienstag, den 15. d. M., Morgens 8 Uhr,** findet in der **Kapelle des St. Vincentiushauses** ein

Requiem

für den seligen **Ludwig Windthorst** statt, wozu die Katholiken freundlichst eingeladen werden.

Die Centrumsfraktion.

Am Abend des gleichen Tages (8 Uhr beginnend) veranstalten die Centrumsangehörigen der hiesigen Stadt, insbesondere die katholischen Vereine, im großen Saal der **„Burg Zähringen"** eine

weltliche Gedächtnißfeier,

an der voraussichtlich die gesammte Centrumsfraktion der 2. Bad Kammer sich betheiligen wird. Der Fraktions-Chef, Freiherr v. Buol, wurde um Uebernahme der officiellen Gedächtnißrede ersucht.

Sämmtliche Katholiken sind auch zu dieser Feier freundlichst eingeladen.

Das Komitee.

Erklärung.

Der Gesammtausschuß hat in der Sitzung vom 3. d. M. einstimmig beschlossen, auf alle Angriffe in der Presse Seitens v. Graten, Beller, Lutz, Scholler und Genossen herrührend, **keinerlei Erwiderung** zu geben, sondern alles dem Urtheil der Gerichte, die mit den Klagen befaßt sind, sowie dem Urtheil der Bürgerschaft zu überlassen.

Die diversen Klagen sind anhängig wegen Hausfriedensbruch, Vernichtung einer amtlichen Urkunde, Beleidigung, Herausreißen und Unterschlagung eines Beleges, sowie gegen die Redaktionen des socialdemokratischen „Volksfreund" ꝛc. ꝛc. wegen Beleidigung.

Karlsruhe, 7. März 1892.

Der Gesammtvorstand des Katholischen Arbeitervereins.

Leichenkasse-Verein Karlsruhe.

Die in § 18 der Satzungen vorgeschriebene

Generalversammlung

findet am **Samstag, den 26. März d. J.,** Abends 8 Uhr, im Gasthaus zum **„Zähringer Löwen"** (Ecke der Zähringer- und Adlerstraße) statt, wozu sämmtliche Mitglieder eingeladen werden.

Etwaige Wünsche und Anträge sind längstens bis zum 19. März bei dem I. Vorstande einzureichen.

Tagesordnung:

1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr;
2. Berathung und Beschlußfassung über die eingereichten Wünsche und Anträge der Mitglieder;
3. Wahl der Vereinsbeamten.

Wir bitten dringend um recht zahlreiches Erscheinen.

Karlsruhe, den 8. März 1892.

Der Verwaltungsrath.

Gothaer Lebensversicherungsbank.

Versicherungs-Bestand: 77,500 Personen mit	612,800,000 Mk.,
Bankfonds	176,200,000 Mk.,
Versicherungssumme ausbezahlt seit Beginn . . .	231,400,000 Mk.,
Ueberschuß an die Versicherten zu vertheilen i. J. 1892	6,610,305 Mk.,

und zwar nach dem **alten** System **mit Dividenden-Nachgewährung auf die letzten 5 Jahre: 38% der Jahres-Normalprämie;** nach dem **neuen „gemischten"** System: **30 % der Jahres-Normalprämie und 2,1 % der Reserve,** wonach sich die Gesammtdividende für die ältesten Versicherungen **bis auf 116 % der Normalprämie** berechnet.

Die Versicherungen Wehrpflichtiger bleiben ohne Zuschlagprämien auch im Kriegsfalle in Kraft. — Beamte, die bei der Bank Versicherung nehmen, erhalten Darlehen zur Beschaffung ihrer **Dienstkaution** unter den günstigsten Bedingungen.

Ernst Wegrich,

Karlsruhe, Nowackanlage 15.

Anzüge für Erstkommunikanten

in Kammgarn, Diagonal, Buckskin, Cheviot und Rayé

empfehlen in größter Auswahl und elegant passend zu

Mk. 13, 15, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30–38.

Große Auswahl in Stoffen, schwarz, blau und dunkeln Farben, für

Anfertigung nach Maaß

in bekannt bester Ausführung und billigsten Preisen. 5.2

Spiegel & Wels,

Kaiserstraße 79, Marktplatz.

Deutscher Normal-Akten-Heftapparat,

ministeriell zur Anschaffung empfohlen.

Empfehle tit. **Behörden, Anstalten, Gerichten, Notaren, Rechtsanwälten, Gerichtsvollziehern etc. etc.** meinen **Deutschen Normal-Akten-Heftapparat** auf's Beste.

Hochachtend 50.7

Andreas Hoch,

Fabrik und Lager: Herrenstraße 27 u. 33.

Strohhutwäsche.

Strohhüte werden nach den neuesten Formen schnellstens façonnirt.

Florentiner

werden nach einem neuen Verfahren wie **neu** hergerichtet.

Strauss-Kramer, 3.1

Strohhut-Fabrik,

Kaiserstraße 199 und **Karl-Friedrichstraße 22.**

Concert-Saal

Brauerei Schrempp, Waldstraße.

Karlsruher Colosseum,

jeden Tag Abends 8 Uhr beginnend,

Vorstellung von nur Künstler I. Ranges.

= Reichhaltiges, jeden Tag abwechselndes Programm. =

3 Alles Nähere durch die Plakate ersichtlich.

Gänzlicher Ausverkauf

wegen Ladenwechsel sämmtlicher

Schuhwaaren

zum Fabrikpreise. 40 17

Bei Einkauf von Mk. 20.— gewähre noch 5% Rabatt.

Bestellungen nach Maass, sowie Reparaturen werden prompt und solide ausgeführt.

Carl Goldmann, Schuhmacher,

235 Kaiserstraße 235.

Vom 23. April ab befindet sich mein Geschäft in unveränderter Weise

227 Kaiserstrasse 227.

Tuch-Abtheilung,

Kaiserstrasse 82a, Eingang Lammstrasse.

Grösstes Lager bester Fabrikate in jeder Preislage empfiehlt

30.4 Wilh. Wolf jr.

RUDOLF MOSSE

Annoncen-Expedition

46 Amalienstrasse 46

(am Kaiserplatz)

45 KARLSRUHE.

Uhren,

jeder Art, Taschen- und Wanduhren, Spielwerke, werden unter Garantie rasch und billig besorgt bei 10.8

F. Schillinger, Uhrmacher,

32 Spitalplatz 32.

Weiß- und Roth-Weine

empfiehlt

Franz Mayer, Karlstraße 18.

Lehrling-Gesuch.

In mein **Colonial-, Material- und Farbwaaren-Geschäft** suche einen mit den nöthigen Vorkenntnissen versehenen jungen Mann unter günstigen Bedingungen als Lehrling. 2.2

Aug. Seller, Baden-Baden.

Constantia.

Heute, Freitag, den 11. ds. Mts., präcis halb 9 Uhr:

Gesangprobe für Männerchor

zu besonderem Zwecke. Vollzähliges Erscheinen erwartet daher

Der Dirigent.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, den 11. März. 6. Vorstellung außer Abonnement. **2. Gastdarstellung des Herrn** ***Francesco d'Andrade:*** **Don Juan.** Große Oper in 2 Aufzügen, mit den dazu komponirten Recitativen, von W. A. Mozart. „Don Juan": Herr d'Andrade. Anfang ½7 Uhr.

Sonntag, den 13. März. 1. Quartal 35. Abonnem.-Vorstellung. **Marie, die Tochter des Regiments.** Komische Oper in 2 Aufzügen von Saint Georges und Bayard, übersetzt von R. Gollmick. Musik von G. Donizetti. — **Cavalleria rusticana (Sizilianische Bauernehre).** Melodrama in einem Akt, nach dem gleichnamigen Volksstücke von Berga, von G. Targioni Tozzetti und G. Menasci. Musik von Pietro Mascagni. Anfang 6 Uhr.

Montag, den 14. März. 7. Vorstellung außer Abonnement. **Dritte und letzte Gastdarstellung des Herrn Francesco d'Andrade. Die Afrikanerin.** Große Oper mit Ballet in 5 Aufzügen von Eugen Scribe, deutsch von F. Gumbert. Musik von G. Meyerbeer. „Nelusko": Herr d'Andrade. Anfang 6 Uhr.

Vormerkungen zu dieser Vorstellung werden von Dienstag, den 8. März, Vormittags 8 Uhr an, vom Vormerkbureau angenommen. Dasselbe ist an Werktagen von 8–12 Uhr Vormittags und von 3–5 Uhr Nachm. geöffnet.

Stadtgartentheater Karlsruhe.

Sonntag, den 13. März. 7. Vorstellung. **Post festum.** Lustspiel in einem Akt von Wichert. — **Der eingebildete Kranke.** Lustspiel in drei Akten von Molière. Unter Benützung der Baudissin'schen Uebersetzung. Anfang 4 Uhr.

Notirungen der

Frankfurter Börse

vom 9 März 1892.

Staatspapiere.

4 %	Deutsche Reichs-Anl. M.	106 80.76
3½ „	„ „ „	99.96 90
3 „	„ „ „	84.80 70
4 „	Preuss. Konsols „	106 6 50
3½ „	„ „ „	99.50.40
3 „	„ „ „	84.8 70
4 „	Bayer. Abl.-Rente fl.	—
4 „	Württ. Rente v. 80 u. 87 M.	104.80
4 „	Badische Obligationen fl.	—
4 „	„ v. 1886	106 60
4 „	Oest. Silb.-Rent. Gold (Silber)	—
4 „	„ Goldrente fl.	93,94 90
4⅕ „	„ Silberr. „	80 60
4⅕ „	„ Papier. „	81 90
4 „	Ungar. Goldrente „	92,1
5 „	„ Papierrente	87 40
6 „	Russ. Gold-Anleihe R.	103,8
4 „	Span. ausl. Rente	59,5
5 „	Italien. Rente	89,50
4 „	Serbien, Goldrente	79 8 40
5 „	Serbien, St. E. Hyp. Obg.	80 50 10

Bank-Aktien.

4⅕ %	Deutsche Reichsbank	147 70
4 „	Badische Bank	119 50
4 „	Darmstädter Bank	—
5 „	Oest. Kredit. (Ultimo)	263–5⅞
4 „	Rhein.	116 16,90
4 „	Deutsche Bank	160 60
4 „	Deutsche Union-Bank	86,5

Inländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.

4 %	Heidelberg-Speyer Thlr.	39 50.40
4 „	Hessische Ludwigsb. „	111 8
4 „	Ludwigsh.-Bexbach fl.	229 30 20
4⅕ „	Pfälzer Maxbahn	143 80.40
4 „	„ Nordbahn	118,14 90

Ausländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.

5 %	Albrecht S. W. 200 fl.	79¼
5 „	Oest.-Ung. St. 500 Fr.	246–4⅞
5 „	Nordwestb. fl.	179¾
5 „	Lit. B. Elbthal „	129
4 „	Schweiz Centralb. Fr.	135 90
4 „	Gotthardbahn „	134,20 10

Prioritäten.

5 %	Albrecht S. W. 300 fl.	99 80
5 „	„ in Gold 400 M.	—
5 „	Oesterr. Südbahn	103.50
5 „	„ 1871	—
5 „	„ Ung.-Staatsb. 1873	106 8
3 „	„ Staatsb. 1.–8. Em.	84 8
3 „	„ „ 9. Em.	81,90
4 „	„ „ Ergänz.	88.85 80
5 „	Prag-Dux-Eisenb.,Gold	107.80 80

Vereinsländische Anlehens-Loose

3½ %	Preuss. 100 Thlr.	161 50
3½ „	Köln-Mindener 100 Thlr.	135 8
4 „	Bayerische 100 Thlr.	141,40.40
4 „	Badische 100 Thlr.	139,38,90
4 „	Meining. Pfdbr. 100 Thlr.	128,80
4 „	Oldenburger 40 Thlr.	129 80 20
5 „	Oest. v. 1854 fl. W. 250 fl.	122 80
5 „	„ v. 1860 fl. W. 500 fl.	120 70

Unverzinsliche Anlehens-Loose

Braunschweiger 20 Thlr.	103 80
Augsburger 7 fl.	29.80
Ansbacher 7 fl.	42 80
Meininger 7 fl.	27 40.40
Pappenheimer	28.40
Freiburger 15 Fr.	30,30
Mailänder 45 Fr.	41,80
„ 10 Fr.	18,5

Wechsel. K. S.

Amsterdam 100 fl.	168,80.66
Antwerpen 100 Fr.	80 90 95
Schweiz 100 Fr.	80,75
Wien 100 fl. ö. W.	171,9
Paris 100 Fr.	80 92.81
London	20.410

Pfandbriefe.

4 %	Rhein. Hypothekenbank	100 80.50
3½ „	„ „	98 80 70
4 „	Bayer.	102.—
4 „	Württemb.	102 50

Verfallene Coupons.

Oesterr. Papier	171 90
Amer. U. St.- u. K. B.	4,18¼

Verantwortlich: Für den politischen und allgemeinen Theil: J. Rüttgers. — Für den badischen und lokalen Theil: B. Häfner. — Für Landwirthschaft, Handel und Inserate: H. Vogel. — Sämmtlich in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. — Heinrich Vogel, Direktor.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg